

Neue

# Wischler-Zeitung

## Zeitschrift für die Interessen des Tischlergewerbes

Publikationsorgan des Deutschen Tischlerverbandes und sämtlicher freien Vereine der Tischler (Schreiner) und verm. Berufsgenossen, des Verbandes deutscher Korbmacher, sowie der Central-Kranken- und Sterbe-Kasse der Tischler etc. und der Central-Kranken- und Sterbe-Kasse deutscher Korbmacher (Stk. Zeit).

Erscheint wöchentlich.  
Abonnementpreis M. 1.— pro Quartal.  
Zu beziehen durch alle Postanstalten.  
Post-Nummer: 4559.

Herausgeber: W. Gramm in Hamburg.  
Verantwortlich für die Redaktion: Wilhelm Pfannkuch, Hamburg;  
für die Expedition und den Anzeigenteil: Alb. Nöste, Hamburg.  
Redaktion und Expedition: Hamburg - Eimsbüttel, Wisnardsstraße.

Inserate f. d. vierteljähr. Zeitungs- od. deren Raum 30 M.,  
Bergnügungs-Anzeigen 15 M., Veranmietungs-Anzeigen  
und Stellenvermittlungen 10 M. pro Zeile.  
Beilagen nach Uebereinkunft.

### Die Frage nach dem Zukunftsstaat.

Die Frage nach dem Zukunftsstaat hat an vier Tagen die Verhandlungen des Deutschen Reichstages beherrscht. Wer etwa noch Zweifel bisher an der großen weltgeschichtlichen Aufgabe hegte, welche zu erfüllen der Sozialdemokratie obliegt, dem müssen die Zweifel jetzt gründlich behoben sein. Die bürgerliche Gesellschaft bangt und zittert vor dem gewaltigen Reden der Arbeit, der anfängt, seine Glieder zu dehnen und zu schütteln, daß die Ketten, mit denen man ihn für alle Zeiten geknebelt halten möchte, Risse und Sprünge bekommen, so daß zu erwarten steht, daß er in absehbarer Zeit sich in ungebundener Freiheit zu tummeln vermag.

Mit Zittern und Zagen sieht die bürgerliche Gesellschaft diesem Augenblick entgegen. Ihr Bestreben läuft deshalb darauf hinaus, die brüchig gewordenen Fesseln auszubessern, durch neue haltbarere zu ersetzen, so daß die Arbeiter, statt auf eine größere Bewegungsfreiheit rechnen zu können, sich mit Händen und Füßen dagegen zu wehren haben, enger und fester in die Banden des Kapitalismus geschmiedet zu werden. Die bürgerliche Gesellschaft hat allen Einfluß auf die Arbeitermassen verloren. Der Arbeiter mißtraut den sich ihm aufdrängenden Freunden; er will sein Geschick selber gestalten, sein eigener Helfer sein. Diese Wandlung der Anschauung der Arbeitermassen bringt die bürgerliche Gesellschaft in helle Verzweiflung. Das Märchen, daß die bürgerliche Gesellschaft die vollkommenste Gesellschaftsordnung darstelle, findet seine Gläubigen mehr. Die sich abspielenden Thatsachen schlagen diese Behauptung in der brutalsten Form nieder. Gestützt auf die sich abspielenden Thatsachen, üben die Arbeiter unbarmherzig vernichtende Kritik an der bürgerlichen Gesellschaft, die, weil wahr und gerecht, mit gleichen Waffen nicht parirt werden kann.

Damit ist die bürgerliche Gesellschaft aus der Rolle der Vorsehung, des Vormundes der Arbeiter herausgedrängt. Die Arbeiter haben sich zu der Rolle des Anklägers aufgeschwungen; die bürgerliche Gesellschaft ist in die Vertheidigung geschoben, in der sie eine Position nach der anderen fallen sieht, ohne Aussicht, sich anderweite Deckung, wie sie ihr der „Unverstand der Massen“ bisher bot, verschaffen zu können. Der schwerste, der härteste Stoß, der ein Stoß in's Herz der bürgerlichen Gesellschaft ist, ist die unter den Arbeitermassen rastlos zunehmende Erkenntnis ihrer Klassenlage.

Lange hat die theoretische Agitation mit schwerem Vorurtheil der Arbeiter zu kämpfen gehabt. Man wollte Zeichen sehen, man wollte greifbare Beweise haben, daß die Entwicklung der bürgerlichen Gesellschaft in der von der sozialistischen Kritik vorgezeichneten Weise sich vollziehen werde, vollziehen müsse. Hartiger als es von der einen Seite gewünscht und von der anderen Seite gehofft wurde, sind die sichtbaren Zeichen gekommen, die greifbaren Beweise vorhanden. Die Behauptung von der Vollkommenheit der bürgerlichen Gesellschaft nimmt sich wahrhaft kläglich und jämmerlich aus gegenüber der offenkundigen Unhaltbarkeit der Zustände, welche jammt und sondern ihre Ursache in der mit der privatkapitalistischen Produktion eng verbundenen Profitgier des Kapitalismus haben.

Man hat der Sozialdemokratie des Oesteren den Vorwurf gemacht, sie liebe es, in drastischer Weise zu schildern, grau in grau zu malen, Alles von der schwärzesten Seite zu beleuchten, doch die kühnste Phantasie sozialistischer Kritiker ist von der Wirklichkeit überholt worden. Die vom Kapitalismus ausgehende Korruption ist eine Weltkrankheit geworden, die sich chronischer Weise so fest eingefressen hat, daß an eine Heilung derselben nicht anders als mit der Beseitigung der Ursache gedacht werden kann. Jeder partielle Heilungsversuch wird nur dazu beitragen, die Krankheitserscheinungen vielgestaltiger zu machen. Sobald versucht wird, ohne Ausschauen zu machen, eine Eiterbeule zu verheilen, so plagen bei diesem Vorhaben zehn andere auf, daß der Pestgeruch der modernen Gesellschaft, was in sein Bereich kommt, zu vergiften droht.

Wir wollen uns heute nicht in die Einzelheiten einlassen, die Sachen und Skandale sind so schmutziger Natur, daß ein bedeutender Grad von Selbstüberwindung dazu gehört, all den Schmutz und Unrath auszubreiten. Ekel und Abscheu muß jeden anständigen Menschen erfüllen, wenn er die von der Profitgier verzerrten Fragen der Kapitalmoloche schaut, und die sittliche Verwilderung wie den materiellen Nothstand beobachtet, den dieselben herausbeschwören.

Schuldbeladenen Gewissens steht die bürgerliche Gesellschaft vor diesen Erscheinungen hilf- und rathlos. Sie gewahrt mit Schrecken, daß die Zweifler, Unwissenden und Urtheilsunfähigen mehr und mehr zu der Erkenntnis kommen, daß wenigstens das Eine feststehende Thatsache ist, daß der von der Sozialdemokratie vorausgesagte, von der bürgerlichen Gesellschaft jedoch stets geleugnete Entwicklungsgang der privatkapitalistischen Produktion bis auf's i-Tüpfelchen sich vollzogen hat. Die bürgerliche Gesellschaft ahnt, daß die Stunde der Abrechnung mit unheimlicher Schnelligkeit heranrückt, denn auch der Blödeste und Dümme kommt zu der Schlussfolgerung, daß eine Partei, die so klar den Verlauf der wirtschaftlichen Entwicklung in allen ihren Einzelheiten richtig und zutreffend zu beurtheilen vermag, auch in der Wahl der Mittel nicht fehl greifen kann und wird, die aus der gekennzeichneten Entwicklung entspringenden Uebelstände zu beseitigen. Das Zutrauen der indifferenten Massen in die sozialdemokratischen Bestrebungen muß darum von Tag zu Tag wachsen und mit ihm die Kraft und Stärke der sozialdemokratischen Partei.

Wie nun diesen Vorgängen hindernd in den Weg treten, wie dieselben inhibiren? Das ist die große Frage, von deren Lösung vielleicht noch eine weitere Salgenfrist für den Fortbestand der bürgerlichen Gesellschaft zu erwarten stünde. Die bisher angewandten Mittel ziehen nicht. Trotz aller Verleumdungen und Verdächtigungen steigt der Einfluß der klaffenbewußten Arbeiter. Das Geltendmachen des wirtschaftlichen Uebergewichts hat ebenfalls für den Arbeiter den Schrecken verloren. Es kann ihm gleich sein, ob er durch das Nachgeben des Unternehmers oder die zunehmende Arbeitslosigkeit auf die Straße geworfen wird. Das Eine ist für ihn so brutal wie das Andere, die Folge in beiden Fällen die gleiche.

Es soll und muß aber etwas gethan werden, kalkülirt die bürgerliche Gesellschaft, sonst wächst uns die „rothe Bande“ über den Kopf. Wie nun ist die

Sozialdemokratie bei dem Volke in Mißkredit zu bringen? Originalität ist nicht die starke Seite der bürgerlichen Gesellschaft. Statt etwas Neues, die Sozialdemokratie vielleicht Verblüffendes, aufzufinden, erinnert man sich, daß die Sozialdemokratie in ihrer offenen, ehrlichen Weise es seinerzeit abgelehnt hat, ein Bild des Zukunftsstaates zu entwerfen. Gut, wiederholen wir die Frage. Die Sozialdemokratie giebt keine Antwort darauf, so können wir sie der Unfähigkeit zeihen.

Doch gemacht! so im Handumdrehen macht sich die Sache nicht. Die deutschen Arbeiter sind keine Utopisten, keine Menschen, die einem Phantom, einem Wolkenkutschheim nachjagen, sondern nüchterne, praktische Menschen, die mit den gegebenen Verhältnissen rechnen und diese ihren Bestrebungen dienstbar zu machen suchen. Wir haben uns jeither dagegen energisch verwahrt, mittelst des gewaltthätigen Umsturzes unsere Prinzipien zu verwirklichen. Und weil es uns damit Ernst ist, haben wir vorläufig den vom deutschen Bürgerthum feigerweise aufgegebenen Kampf um die bürgerliche Freiheit durchzuführen. Erst dann, wenn dieser Kampf durchgeföhrt ist, werden sich die Umrisse des Zukunftsstaates von der bürgerlichen Gesellschaft abheben. Mehr als bezeichnend für die Jämmerlichkeit der bürgerlichen Gesellschaft ist es, daß die Arbeiterklasse in der Erkämpfung der bürgerlichen Freiheit das Bürgerthum unter seinen geschworenen Feinden findet. Alle die Forderungen, die wir im Namen der bürgerlichen Freiheit erheben, stellen den Bestand der bürgerlichen Gesellschaft nicht einmal grundlegend in Frage. Aber der Einfluß der Arbeiterklasse würde mächtig auf der erweiterten Grundlage der bürgerlichen Freiheit wachsen. Im gleichen Maße würde der Einfluß des Kapitalismus gebrochen. An die Stelle der Herrschaft der Wenigen von heute würde die Herrschaft Aller auf der Basis der Gleichberechtigung treten und damit Zustände Anbahnung finden, im Interesse Aller von Allen unternommen. Die Gleichberechtigung aller Menschen ist den bezüglichen Klassen ein Grauel, weil damit das Vorrecht, ein arbeitsfreies Leben führen zu können, stöten geht. Um die eigene Freiheit in dem Kampfe um das Aufgeben der Volksrechte zu vertuschen, entpringt die neugierige Frage nach dem sozialistischen Zukunftsstaat.

Wir verlangen vollständige Vereinigungsfreiheit und Korporationsrechte an die Berufsvereine. Was hat diese Forderung mit der Frage nach dem Zukunftsstaat zu thun? Warum beschadet man diese Forderung? Weil man die Macht der organisirten und geschäftlich geschützten Arbeiter fürchtet. Weil man eine Schwälerung des Kapitalprofits mit Recht voraussetzt. Weil man darin den ersten Schritt in den sozialistischen Zukunftsstaat erblickt, und wir bekräftigen das gern, bei dem ausgeprägten Klassenbewußtsein der deutschen Arbeiter ist die Befürchtung gerechtfertigt.

Wir verlangen eine anderweite, auf der Grundlage der Gleichberechtigung aufgebaute Organisation des Unterrichts. Warum ist diese elementare Kulturforderung nicht längst Wahrheit geworden? Weil man der Meinung ist, die Arbeit sei nur für die Dummen, und je dümmer, desto fleißiger sei der Mensch. Man fürchtet die Verallgemeinerung der Bildung und des Wissens, weil man darin die verfluchte Gleichmacherei

des sozialistischen Zukunftsstaates erblickt, und wir bestätigen, daß dem so ist. Die Aushebung der Unterschiede des Wissens und der Bildung werden die Einsicht fördern, daß es Arme und Reiche nicht notwendigerweise geben muß. Wir sind nicht der Meinung jenes Ultramontanen, der da meinte, der Arbeiter, der sich höheres Wissen angeeignet habe, halte sich für die Arbeit so gut, sondern wir sind der Meinung, wenn der Arbeiter in Bezug auf Bildung und Wissen seinen Nebenmenschen nicht mehr nachzustehen braucht, die Arbeit den Aelstübel wieder empfängt, dem man in Sprüchwörtern noch begegnet, im Uebrigen aber mit den Thatfachen in offenem Widerspruch steht.

Wir verlangen Abschaffung aller indirekten Steuern und Einführung einer steigenden Einkommen- und Vermögenssteuer. Entspricht diese Forderung nicht dem Recht und der Billigkeit? Und doch findet diese Forderung seitens der bürgerlichen Gesellschaft nicht nur keine Förderung, sondern schroffen Widerspruch. Warum? Weil man der Meinung huldigt, aus anderer Leute Leber sei gut Riemen schneiden. Leuten, die so denken, steht es schlecht an, sich nach dem Zukunftsstaat zu erkundigen. Sie tragen kein Verlangen darnach, und wenn er noch so komfortabel eingerichtet wäre.

Wir verlangen die Einführung der Volkswehr. Sie erspart dem Reich jährlich an 300 bis 400 Millionen und stärkt die Herrschaft der Volkssouveränität. Warum verleugnet man diese Forderung der Flegeljahre der Bourgeoisie? Weil man von der Gleichberechtigung des Volkes nichts wissen will, weil die Bourgeoisie im Volk den Feind im eigenen Lande sieht. Und solche Leute wollen uns weiß machen, sie schütten sich nach dem Zukunftsstaat? Na, eine solche Einfalt!

Wir verlangen allgemeines, gleiches, direktes und geheimes Wahlrecht für alle Wahlen. Warum wird dieses Recht dem Volke vorenthalten? Weil man die wachsende Macht des arbeitenden Volkes fürchtet, weil man die Gleichberechtigung der Menschen nicht anerkennt, weil man befürchtet, die Schulen würden reformiert, die indirekten Steuern abgeschafft, die Einkommen- und Vermögenssteuer zur ausschließlichen Deckung aller Staatsbedürfnisse eingeführt, die bestehende Heere ab- und die Volkswehr eingeführt und die Arbeiter sich volle Bewegungsfreiheit erkämpfen würden, mit einem Wort, weil man der Ueberzeugung lebt, daß dann bei der wachsenden Klassenkenntnis die politische Macht sehr bald auf die Arbeiterklasse übergehen und damit der sozialdemokratische Zukunftsstaat greifbare Gestalt annehmen würde. Nach alledem ist klar, daß wenn die Sozialdemokratie heute nicht im Stande ist, den Zukunftsstaat anzumalen, dies der politischen Unfähigkeit des deutschen Bürgertums geschuldet ist. Daß die Bourgeoisie den Zukunftsstaat nicht zu schauen vermag, verdankt sie ihrem geschwollenen Nackgrat.

**Zur lex Heinze.**

**II.**

Dreierlei beschäftigt die Regierung mit den Strafbestimmungen resp. Strafverschärfungen der lex Heinze zu begreifen. Erstens die Beschränkung der Prostitution und des mit derselben verwichenen Zuhälter- und Verbrochertums, zweitens die Bekämpfung der Unzuchtlichen hauptsächlich deren Verbreitung durch die Literatur und Kunst, endlich die Anechtung aller unehelichen Verbindungen im politischen und öffentlichen Leben.

Es könnte verwunderlich erscheinen, daß man mit ein und demselben Gesetz so gänzlich verschiedenartige und weit von einander abgelegene Erscheinungen des unehelichen Lebens zu messen beabsichtigt, wie sich denn auch momentlich zahlreiche Vertreter von Kunst und Literatur bemägen gefühlt haben, in entzückten Prosa-Verwahnungen dagegen einzulegen, daß man die Kunst mit der Prostitution und dem Verbrechen in einen Topf werfen, über einen Kamm scheitern zu dürfen geglaubt habe. So absiehd sich indessen ein derartiges Vergleichen auf das eichne Bild auch ausnehmen mag, es ist das im Grunde keineswegs. Die lex Heinze ist aber ein Unschick, ein Produkt des christlichen Klassenstaates, der Alles, was ihm nicht in seinen Kram paßt, als unehelich brandmarken und unter das Strafgesetz stellen möchte, gleichgültig ob das ihm in seiner Scheinheiligkeit Zukunftsweisende in das Bereich der gewerbmäßigen Unzucht oder in die Spüre der Kunst oder auch der Wissenschaft oder Politik gehört. Für unseren christlichen Ansehensstaat ist Alles unehelich, was die kapitalistische Hygiene zur öffentlichen Keimbank bringt. Daher die uneheliche Strafe gegen die allzu fleißig an die Leinwandarbeit herangehende Prostitution

daher die sittliche Entrüstung über jene Richtung in der Kunst, welche die bürgerliche Gesellschaft treu nach dem Leben, also „in ihrer Sünden Väienblüte“ zeichnet, daher ihre grenzenlose Wuth auf alle wissenschaftlichen und politischen Bestrebungen, welche an die traditionellen Legenden der bürgerlichen Weltanschauung kritische Maßstäbe anlegt. Alle die erwähnten Erscheinungen sind unsittlich nicht an sich selbst — die Prostitution wird ja als unvermeidliches, unaustilgbares Uebel betrachtet, daher milde beurteilt —, sondern ganz allein deshalb, weil sie die Unsittlichkeit, die Korruption der bürgerlichen Gesellschaft bloßlegen. Weil die Sozialdemokratie den Grund der sittlichen Entrüstung der Bourgeoisie klar erkannt hat, vermag sie auch nicht, wie die in ihrem Ehrgefühl gekränkte Künstlerwelt, die Zusammenfassung ihrer Bestrebungen mit der gemeinen Unzucht als eine Verleumdung zu empfinden. Sie lacht über die dreiste Heuchelei der bürgerlichen Pfiffkuffe, eine Bonhommie, die sie natürlich nicht abhält, derselben ganz energisch auf die taschenpielernden Finger zu klopfen, ihr das biedere Sammfell erbarmungslos vom Leibe zu reißen.

Zunächst also, sagten wir, erstrebe die lex Heinze eine Beschränkung der Prostitution. Wie aber? In unserem vorigen Artikel haben wir ja bereits ausgeführt, daß eine Beschränkung der Prostitution nur dadurch herbeigeführt werden könne, daß die soziale Lage der Frauenwelt derart gehoben würde, daß es nicht mehr wie heute viele Tausende gäbe, die ihren Leib preiszubieten gezwungen wären, nur um die härtesten Hungerqualen zu stillen.

Ein zweites Mittel wäre ferner, den Männern, natürlich in erster Linie denen der besitzenden Klasse, den künstlichen Geschlechtsverkehr bei strengster Strafe zu verbieten. An diese Mittel zur Beseitigung der Unzucht denkt natürlich unsere fromme, christliche, in Sozialreform machende Gesellschaft nicht einmal im Traume. Polizeibüttel her! heißt ihr Rezept. Das Feilbieten der Körper kurzer Hand zu verbieten, geht natürlich auch nicht an, ist doch die Prostitution anerkanntermaßen ein notwendiges Uebel, gilt es doch auch, die Keuschheit der Bourgeoisdämchen zu schützen. Es gilt also, die Prostitution direkt zuzulassen und indirekt zu inhibieren oder umgekehrt, sie direkt zu unterdrücken und indirekt zuzulassen, was dergestalt gemacht wird, daß man die Bewegungsfreiheit der Prostituirten möglichst einengt, daß man ihre Verberberung als Kupperei mit strenger Strafe belegt usw. Würden alle gegen die Prostitution und Kupperei bestehenden Paragraphen mit unerbittlicher, vorchristmässiger Strenge gehandhabt, die Ausübung ihres Gewerbes wäre den doch andererseits konzessionirten Prostituirten einfach unmöglich. Aus diesem Dilemma war kein anderer Ausweg zu finden, als daß man öfters das eine, häufig auch noch das andere Auge zubrüdte. Bisher also hatte schon die Praxis hinter der Strenge der bestehenden Vorschriften zurückbleiben müssen, und trotz alledem schickt man sich jetzt an, die schon vorhandenen Strafbestimmungen noch zu verschärfen. Selbstverständlich könnte das Resultat kein anderes sein, als daß die auf dem Papier bestehenden Bestimmungen noch ungleich lazer als bisher gehandhabt werden müßten und im Uebrigen Alles beim Alten bliebe. Das vermittelst der lex Heinze der schamhaften Gesellschaft vorgelebte Feigenblatt wäre denn doch aber so durchsichtig, daß es vollständig seinen Zweck verfehlt hätte. Um die ärgerliche Pestheule der Prostitution zu verdecken — denn nur darauf kommt es ja an, weshalb man auch die lex Heinze das Feigenblatt-Gesetz genannt hat —, müßte man mit der Vertuschung zum Mindesten etwas gründlicher und systematischer zu Werke gehen. Man müßte neben der Prostitution auch die Kupperei behördlich konzessioniren, man müßte Bordelle, Ghettos für die Prostitution schaffen, welche unter dem besonderen Schutz und der besonderen Ueberwachung des christlich-sozialen Staates ständen. Freilich, wäre damit auch die Prostitution von der Strafe fortgeschafft, hätte man damit auch der prüden „Gesellschaft“ an Aergermiß genommen, man hätte ihr damit gleichzeitig nur ein um so gefähreres neues Aergermiß bereitet. Der christliche Staat hätte sich ja zum hohen Protektor und Hüter der gewerbmäßigen Unzucht aufgeworfen, und das wäre mehr, als sich auch mit der bestgespielten, verstecktesten Scheinheiligkeit verträge. Daß sich die Regierung zu einem solchen kompromittirenden Schritt entschließen wird, glauben wir vorläufig nicht, noch glauben wir, daß die Bourgeoismehrheit der Volkvertreterung einen solchen guthieße. Was die letztere abgelehnt hätte, werden wohl nur ein paar Strafverschärfungen sein, denn das ist unsere Bourgeoisie doch unbedingt ihrer Würde und Staatsweisheit schuldig.

Noch ein paar kurze Bemerkungen über unsere Stellungnahme dem mehrfach in Erwägung gezogenen Projekt der Kasernirung der Prostitution gegenüber: Für uns kommen bei der Beurtheilung desselben natürlich keinerlei aus irgend welcher Brüderie hergeleiteten, sondern durchaus nur rechtliche und volkswirtschaftliche Rücksichten in Betracht. Obgleich es unsere Ueberzeugung ist, daß die Prostitution nur ein Produkt des kapitalistischen Gesellschaftssystems, so ist es andererseits unsere Ansicht, daß wir mit derselben, so lange das kapitalistische System noch besteht, zu rechnen haben. Unsere Stellung der Frage gegenüber ist also, was auch die Gegner Gegentheiliges behaupten mögen, eine durchaus sachliche. Gerade deshalb aber müssen wir das Projekt der Kasernirung auf das Festigste bekämpfen. Durch die Kasernirung vermag weder die Verbreitung noch auch die Gefährlichkeit der Prostitution vermindert zu werden. Die heimliche, die Prostitution höheren Ranges wird sich der Lokalisierung nach wie vor entziehen, ferner aber wird die Kasernirung die Zahl der Unglücklichen nur dadurch vermehren, daß das Bordellwesen die Menschenwaare rascher verbraucht, weshalb dann auf jede Weise Ersatz herbeigeschafft werden muß und wird. Die Hoffnung aber, die man insofern auf die Bordelle setzt, daß man glaubt, die Gefahr der Ansteckung durch Geschlechtskrankheiten werde reduziert, ist gleichfalls eine vollständig unbegründete, da die Krankheitsstatistik, wie wir sie beispielsweise von England besitzen, nachgewiesen hat, daß während der Periode der Kasernirung der Prostitution die Zahl der Erkrankungsfälle durchaus nicht ab-, die Schwere derselben aber ganz beträchtlich zugenommen hat. Es liegt ja auf der Hand, daß selbst eine tägliche ärztliche Untersuchung durchaus nicht jede Ansteckungsgefahr zu beseitigen vermag.

Während so die Kasernirung, vom Standpunkt der Volkshygiene aus betrachtet, als ein vollständig wirkungsloses Mittel erscheint, erscheint sie vom Rechtlichkeitsstandpunkt aus vollends verwerflich. Mit vollem Recht wurde von den sozialdemokratischen Volksvertretern, namentlich Bebel, wiederholt darauf hingewiesen, daß es aller Billigkeit Hohn spreche, bei dem weiblichen Geschlecht mit dem gesellschaftlichen Interdikt zu bellegen, was man bei dem anderen, wenngleich schuldigeren Theile straflos hingehen lasse. Ganz entschrieben hat sich daher die Sozialdemokratie gegen die Kasernirung der Prostitution sowohl, als auch gegen jede andere Verschärfung der über die Prostitution ausgeübten Polizeiaufsicht ausgesprochen. Auch eine Verschärfung der Strafhast haben die sozialdemokratischen Abgeordneten für eine zwecklose, ja sogar schädliche Maßregel erklärt, bestimmt durch die alte Erfahrung, daß die Strenge der Strafe vom Verbrechen nicht abschreckt, und in der Meinung, daß eine nutzlose Quälerei, als sogenannte „Strafe“ über ebenso Bedauernswerthe, als Verabscheuungswürdige verhängt, nicht in der Absicht der modernen Rechtspflege liegen könne.

Nicht nur gegen die Unzucht selbst, sondern auch gegen deren Ursachen beabsichtigt ferner unser christlich-sozialer Staat vorzugehen. Das heißt gegen Das, was er in seiner Verblendung für deren Ursachen ansieht: die Pornographie in Literatur und Kunst. Die Verbreitung unzüchtiger Schriften und Abbildungen soll mit den strengsten Strafen belegt werden. Wenn schon wir ja ganz genau wissen, daß die wahren Ursachen der Unzucht und des Verbrochens in etwas ganz Anderem zu suchen sind, nämlich in dem mit dem Klassenstaat unlösbar verbundenen sozialen Elend, und wenn wir auch der Ansicht sind, daß man in Anbetracht vereinzelter unheilvoller Folgen für den Geisteszustand abnormal veranlagter Individuen, ebenso gut wie die verschrieene Hintertreppen-Literatur auch die religiöse Literatur unterdrücken könne, so würden wir uns doch über die Absicht der Regierung, gegen die unter dem Deckmantel der Kunst gehende Unzucht einzuschreiten, nicht allzu sehr erschauern, wenn wir nicht wüßten, einen wie dehnbaren Begriff der der „Unzüchtigkeit“ für die Behörden bildet. Allein, auf den Sack schlägt man und den Hiel meint man. Man will nicht nur, und nicht einmal in erster Linie, der Pornographie, der zweifellosen Unzucht, zu Leibe gehen, deren Konsumenten, nebenbei bemerkt, hauptsächlich in den Reihen der Bourgeoisie zu finden sind, sondern man möchte jede ernsthafte und ehrliche Kunst jähzt unmöglich machen. Seitdem die moderne Kunst es als ihre vornehmste Aufgabe erkannt hat, statt in das Reich des sogenannten Idealen, der Phantasie zu flüchten, die nackte Wirklichkeit zu schildern und sie damit notwendigerweise revolutionär geworden ist, ist ihr von den Stützen der heutigen Gesellschaft erbittert der Krieg erklärt worden. Jene pharisäischen Ordnungsstützen können es ihr nicht verzeihen, daß sie von allen Antimitäten des verrotteten bürgerlichen Lebens die

verhüllenden Draperien reißt, womit sie eine Afterspoeste ehemals umgeben. Dem Bourgeois könnte es gerade noch fehlen, daß eine realistische Kunst die ganze Jämmerlichkeit und Verlogenheit des bürgerlichen Lebens und Treibens, die schon die sozialdemokratische Gesellschaftskritik bloßgelegt, nun noch ihrerseits aufdeckt und somit das Gift revolutionärer Gesinnung in Schichten hineinträgt, die infolge besonderer Umstände von der Gedankenwelt des Sozialismus bisher noch nicht angegriffen waren. Wenn die Sozialdemokratie vielfach die revolutionäre Bedeutung der modernen Kunst unterschätzt hat, in der Meinung, dieselbe übe nur eine negative Kritik an den heutigen Zuständen, so hat die Bourgeoisie das nie gethan. Sie weiß, daß, wenn nur erst die Ruinen der bürgerlichen Weltanschauung völlig niedergerissen sind, sich in den meisten Fällen der Aufbau der sozialistischen Gedankenwelt von selbst vollzieht. Deshalb sind die Bestrebungen der Klassen- und zielbewußten Bourgeois — bei Weitem nicht Allen gebühren ja diese Attribute — diesen unheimlichen Ministern, die für die Gegenwart annähernd dasselbe sind, wie die Voltaire-Rousseau für das Ende des vorigen Jahrhunderts, das Handwerk zu legen, nur zu begreiflich. Das ließe sich aber vermittelt einiger Kautschukparagrafen, wie sie die lex Heinze will, nach Willkür bewerkstelligen. Alle Kunstzeugnisse, welche bürgerliche Institutionen, zumal die Ehe, in kritisch abfälliger, weil realistisch treuer Weise behandelten, würden einfach unterdrückt. Die Darstellung intimer Vorgänge braucht nicht einmal über das konventionell zulässige Maß hinauszugehen, schon die „Tendenz“ genügt zur Motivierung des Verbots. Die Kunst unter die Aufsicht so berufener Kunstrichter stellen, wie es unsere Staatsanwälte zum größten Theile sind, hieße dieselbe schlechthin unterdrücken, für Geschlechtslose und Beschnittene, für geistig völlig Unmündige präpariren.

Und doch handelte die Bourgeoisie mit einer derartigen Knebelung der Kunst nur konsequent. Sie kann es unter keinen Umständen dulden, daß ihr Allerheiligstes skeptisch angezweifelt, von rücksichtslosen Händen in den Staub gezogen wird. Wo soll da der Respekt vor den bürgerlichen Institutionen bleiben, wenn die gefeiertsten Geistesgrößen von denselben so despektirlich sprechen.

Die Künstler, die es ernsthaft und ehrlich mit ihrer Kunst meinen, sollten darum endlich einsehen, daß für ihr Schaffen im Rahmen des kapitalistischen Staates kein Raum ist. Schon dämmert ihnen diese Einsicht. Wurde doch ein Vortrag Vollmar's, welcher diesen Gedanken vor einer aus Künstlern und Schriftstellern bestehenden Versammlung in München entwickelte, mit großem Beifall aufgenommen.

Wie man die moderne Kunst der in ihr enthaltenen Gesellschaftskritik wegen verfolgen möchte, so auch die freie Wissenschaft. Die freie Wissenschaft aber hat ja bekanntlich fast noch ganz allein eine Stätte im Sozialismus. Auf den Universitäten, den Sigen der offiziellen Wissenschaft, ist sie schon deshalb nicht zu finden, weil man an denselben Staat und Gesellschaft gefährdende Lehrmeinungen nicht zuläßt und Personen, von denen man sich keines Guten versieht, von vornherein von der Universitätskarriere ausschließt. Die Gefahr, welche der bürgerlichen Gesellschaft von der freien sozialistischen Wissenschaft und Aufklärung droht, hat sich noch als weit größer herausgestellt, als selbst pessimistische Gemüther annahmen. Die Hoffnung, die offizielle Wissenschaft vernüdge durch Grobthuererei zu imponiren und die Sozialdemokratie aus dem Felde zu schlagen, hat sich als gänzlich trügerisch herausgestellt. Die offizielle Wissenschaft hat sich vom Kampflplatz mehr und mehr zurückgezogen und ist froh, wenn sie sich nicht in die Defensive versetzt sieht. Der sehnsüchtige Jammer nach einem neuen Sozialistengesetz wird täglich größer. Da sich aber bei dem vorigen Sozialistengesetz die Wahrheit des Spruches: „Allzuscharf macht scharftig“ herausgestellt hat, möchte man es zunächst mit einem etwas gelinderen Mittel versuchen, mit der lex Heinze. Man will die Literatur und Presse nicht gleich ganz unterdrücken, sondern derselben nur die Krallen beschneiden. Man will ihr dadurch, daß man ihr alle unliebamen, derben Wahrheiten ausmerzt, gewissermaßen eine gelindere Tonart aufstrotzen. Als wenn dadurch, daß man sich die Worte sorgfältiger zu wählen gezwungen sähe, der Sinn, die Tendenz an Schärfe einzubüßen brauchten! Und als ob die deutschen Arbeiter nicht schon aufgeklärt genug wären, um mehr auf den Sinn, den Inhalt, als auf die Ausdrucksweise Gewicht zu legen. Erstreckte sich aber die polizeiliche Zensur auf die Tendenz, was fehlte da noch am ganzen Sozialistengesetz? Gleichviel aber, ob ganzes,

ob halbes Sozialistengesetz, der Sieg der modernen Weltanschauung, der ihr zum Siege verhelfenden sozialistischen Arbeiterchaft wird sich nicht aufhalten lassen.

**Soziales aus Großbritannien.**

Die liberale Regierung trat mit einigen bescheidenen sozialen Reformen in das neue Jahr. Vom 1. Januar an dürfen Kinder in Fabriken und Werkstätten nur dann auf „Halbzeit“ beschäftigt werden, wenn sie das erste Jahr vollendet haben. Vor 14 Jahren setzte das Parlament hierfür 10 Jahre fest. So langsam vollziehen sich hier die notwendigsten Reformen.

Auf der internationalen Konferenz in Berlin vor zwei Jahren mußten die Engländer zugeben, daß sie in dieser Beziehung noch weit hinter den meisten anderen Ländern Europas zurück wären und mehrere derselben haben sie auch jetzt noch nicht erreicht.

Ein auf Grund der Fabrik- und Arbeitsordnung erlassenes Statut ermächtigt den Minister des Innern, Vortreibungen zu treffen, daß für bessere Ventilationsvorrichtungen in besonders gesundheitsgefährlichen Betrieben gesorgt wird. B. B. Löffelwaaren, Sprengstoffen, Chemikalien, sowie Steinbrüchen.

Das bekannte Millbank-Gefängniß wird abgerissen, um den Arbeitslosen Beschäftigung zu gewähren. Die Käufer der Abbruchmaterialien haben sich der Regierung gegenüber verpflichtet, den Tarif der Union der Gewerkschaften mit stündlich 6 1/2 d zu bezahlen, doch von einer wöchentlichen Arbeitszeit von 48 Stunden wollte der Minister nichts wissen. An die Stelle des Gefängnisses sollen Arbeiterwohnungen und eine Gemäldegallerie erbaut werden.

Der Londoner Grasschaftsrath hat den Antrag angenommen, daß vom Verwaltungsrath angestellte Arbeiter den Lohn erhalten, welcher vom Gewerksverein festgesetzt ist. Auch sollen die Arbeiter direkt an Arbeiter-Kolonnen und nicht mehr an Mittelsmänner ausgegeben werden.

Der katholische Erzbischof von Westminster und der anglikanische Archidiakon von London haben in einem Aufruf die Erhebung eines Clearing Hauses für Arbeiter vorgeschlagen. Es soll den Spendern ermöglicht werden, sich davon zu überzeugen, wie den Arbeitern geholfen wird. Wer 8 Shil. = M. 160 einwendet, kann einer Familie durch den Winter helfen, bis sie wieder Arbeit findet.

M. 600 000 spendete in diesem Jahre Baron Hirsch für die Armenpflege Londons, der schon so viele Millionen für die russischen Juden zwecks ihrer Auswanderung verausgabt hat. Seine Kneppferde hatten ihm 1892 obengenannte Summe verdient. Die Stute „La Fische“ hatte mehr als eine halbe Million gewonnen.

Das Arbeiter-Parlamentsmitglied Keir Hardie, ein schottischer Bergmann, macht sich recht unangenehm den bestehenden Klassen gegenüber. In einer hochkirchlichen Versammlung sagte er den entsetzten Zuhörern: „Mit der seit 2000 Jahren gepredigten christlichen Liebe wäre es nicht weit her“. Sektenschiede machte er nicht. In dem Punkte seien alle christlichen Priester gleich geblieben. Sie predigten bloß für die respektablen, d. h. reichen Klassen, aber für die ringende, darbenende Menschheit hätten sie keinen Sinn. Die Armen wärden in ihren Höhlen in die Hölle getrieben. Bis jetzt hätte die Kirche ihnen noch nie anders als durch hohle Phrasen, die nichts kosteten, aber auch nichts halfen, die rettende Hand entgegengebracht. In Widdlesborough sagte er, die Gewerksvereine hätten heute weniger Macht als vor 20 Jahren. Das Land würde immer größer, denn das Land, die Maschinen und das Kapital wären in den Händen der einen Klasse. Ehe Jemand sein täglich Brot verdienen, müsse er erst einen Andern finden, welcher geneigt sei, seine Arbeit auszubenten, fände er keinen, so müsse er sich in einen Graben der Landstraße hinstellen und vor Hunger sterben, oder ins Arbeitshaus gehen, Steine klopfen, Dikam zupfen und sein Wahlrecht verlieren.

Die Politiker schwapten den Arbeitern stets vor, das Wichtigste sei, daß Jeder eine Wahlstimme habe. Das Wichtigste aber ist, daß Jeder Arbeit und Brot habe. Der Arbeiter solle sich in Besitz der Staatsmaschinen setzen, Land und Kapital müsse auf produktivgenossenschaftlicher Grundlage verwaltet werden, sonst würden die Krisen kein Ende nehmen. Jeder, der arbeiten wolle, müsse auch Arbeit finden können. Die Arbeiter müßten sich selber helfen.

Auf den Holzplätzen und Lagern der Holzhändler fanden arbeitende Arbeiter ein Manifest angehängt, welches Wiederaufnahme von Arbeitern nur unter der Bedingung der Akkord- und Sündarbeit zuläßt. Dieses System aber würde eine Lohnreduktion von 3 sh. also einem Thaler täglich, bedeuten. Ferner sollten sie auch mit Nicht-Unionaleuten arbeiten, welches das Manifest sehr schlan „Recht auf freie Arbeit“ zu nennen beliebt. Bis jetzt hätten sie die Werkstätten frei von „Schwarzbeinen“ gehalten und sind nicht gewillt, beim ersten feindlichen Trommelschlag umzufallen. Die Doler-Union bewilligte Lokort-Unterstützung. Ein harter Kampf beginnt nun bald in Belfast.

Die Arbeitsverhältnisse am Tyne sind augenblicklich sehr san. Die zwei größten Schiffbauwerke sind geschlossen wegen Neubauteilen und eine andere große Maschinenbau-Kapital hat keinen Modellmacher oder Zeichner wegen mangelnder Aufträge. Viele Hunderte von Männern durchstreifen die Straßen, unarbeitsfähig nach Arbeit suchend, ohne Aussicht, dieselbe zu bekommen; aber man vernimmt auch die Energie bei ihnen, gegen solche Wirklichkeit zu protestiren.

Der russische Jahresbericht über Schiffbau beweist, daß der Tonnengehalt aller erbauten Schiffe 1892 nur 200 Tons geringer als 1891 war, im Jahre 1890 3000 Tons weniger, hingegen 1889 15 000 Tons mehr. Die englische Kriegsmarine betrug 1890 412 Tons mit 1003 529 Pferdekraften. Die Kosten des Baues im vergangenen Jahre betrugen 8 Millionen Shil. 88 Proz. waren von Staat erbaut. Die Bestellungen von fremden Regierungen haben bedeutend abgenommen, weil dieselben jetzt Kriegsschiffe auf eigenen Werften herstellen lassen. Die letzten unserer Kunden sind Norwegen und Schweden. Deutsch-

land (namentlich Hamburg), auch Rußland und Oesterreich. Schiffsbauten kommen 3/4 auf England, 18 Proz. auf Schottland und 7 Proz. auf Irland. Der erste Hafen ist dieses Jahr London mit 27 Proz., Liverpool kommt dann mit 25 Proz., Glasgow mit 10 Proz., am Clyde wurden 14 Proz. allen Tonnengehalts und in den nordöstlichen Häfen 17 1/2 Proz. erbaut. Auf der West von Harland & Wolff in Belfast wurden 88 618 Tons vom Stapel gelassen, 14 Dampfer. Die stärkste Schiffsdampfmaschine bauten Hawthorn, Leslie & Co., New-Castle, 41 350 Pferdekraften. Der neue Cunard-Dampfer war der größte, gebaut von der Fairfield-Kompagnie. Dann folgen zwei Peninsular- und Oriental-Dampfer (der Linie Ostindien-China), gebaut von Laird in Greenock. Sieben Segelschiffe hatten über 3000 Tons und der bedeutendste Paddledampfer „Glen Sannox“ wurde bei Thompson, Clydebank, erbaut; er soll der schnellste Dampfer der Welt sein. Nur am Tyne und Mersey zeigt sich Zunahme der Arbeiten, die anderen Häfen halten sich auf derselben Höhe, wie in früheren Jahren.

Die Werftarbeiter in Kent haben eine Petition an die Lords der Admiralität gerichtet, den bisherigen Tagelohn von 4 sh täglich auf 4 sh 8 d für gelehrte Arbeiter zu erhöhen, für ungelernete Arbeiter (handy men) Maximum 3 sh 8 d und Minimum 3 sh 4 d, da dieselben um 10 bis 25 Proz. hinter den Löhnen der Privatwerften zurückstehen. (Auch hier brüdt die fiskalische Staatsregierung die Löhne unter den üblichen Satz der Privat-Schiffsbauer herab.) In der Petition wird gewünscht, die Preisliste einzusehen, bevor die Arbeit beginnt. Ebenfalls sollen die Ueberstunden abgesehafft und wöchentlich nur 48 Stunden gearbeitet werden. Die Werftarbeiter sagen, daß die bewilligten Baugelber wohl vorhalten würden, wenn nicht systematisch Ueberstunden und eine wahre Arbeitshege eingebracht wäre.

3000 Arbeiter hätten acht Wochen lang neun Tage in der Woche gearbeitet und dieses sei eine Mißverwaltung. Infolgedessen hätten so Viele geleidet. Da die Arbeit sorgfältig ausgeführt wird, so verlangen sie auch 24 sh für gelehrte Arbeiter und 1 Shil für ungelernete. Bei Stückerarbeit kämen sie zu kurz.

Der Streik der Holzdrechsler in Birmingham ist noch immer nicht beendet; er dauert bereits 10 Wochen. Er wird von 19 französischen Polizieren unterstützt. Die Holzdrechsler-Bereinigung ist noch jung und hat alle gesammelten Gelder für die Frauen und Mädchen, welche ebenfalls im Auslande sind, verausgabt. Es scheint, als ob die Holzschneider aus den Sägemühlen, die Arbeiter an den Holzbearbeitungsmaschinen und die Holzdreher ihnen zu Hilfe kommen werden.

Die Schiffs-eigenthümer in Großbritannien scheinen nicht viel vom Jahre 1893 in Bezug auf die Befehung ihres Handels zu erwarten. Sie fürchten sogar, daß dieses Jahr noch schlechter sein wird, als 1892. Sie haben sich schon auf eine zwölftmonatliche bittere Konkurrenz, auf schlechte Märkte und niedrige Frachten gefaßt gemacht. Es darf jedoch nicht vergessen werden, daß einzelne Umstände viel günstiger als in 1891 liegen. So ist z. B. eine große Reduktion der Preise von Kohlen-Berzschlägen im Durchschnitt von 12 bis 25 Proz. eingetreten. Ebenfalls wird jetzt viel weniger als am Anfange des vorigen Jahres für auswärtige Kontrakte zur Kohlenversorgung bezahlt.

Eines der wichtigsten Ereignisse in England ist die Konferenz der Bergarbeiter, die in Birmingham abgehalten wurde. Im Vordergrund der Berathung, an der neben dem Bunde der Bergleute auch die sämtlichen Gewerksvereine der Montanarbeiter, mit der einzigen Ausnahme derer von Northumberland, theilnehmen werden, steht der Achtstundentag, der beinahe einstimmige Zustimmung haben wird. Einer der Vorschläge — englische Blätter nennen ihn merkwürdiger Weise einen der radikalsten — wird die Einrichtung eines Ministeriums der Bergwerke betreffen. In vereinzelten Fällen haben die Arbeiter aus Yorkshire bisher jedem Versuch, den Lohn zu reduzieren, heftig widerstanden. Die Kohlenpreise haben aber eine stetige Tendenz zum Sinken gehabt und werden daher auf die Haltung der Berggenossen nicht ohne Einfluß bleiben. Im Waldgebiete von Dean haben die Arbeitsunternehmer die Lohnreduktion von 7 1/2 Proz. nur vertagt.

Die Eisenbahntageelöhner und ungelerneten Arbeiter haben eine General-Labourers-Union gegründet, welche bereits über 12 000 Mitglieder zählt. Mit einer Ausgabe von nur 47 Shil haben sie für 5000 Arbeiter durch erhöhte Löhne über 4000 Shil. erzielt, was ihnen in der früheren Vereinzelung nie möglich geworden wäre. Auch bei Prozessen, welche in England so kostspielig sind, haben sie bei Unfällen Entschädigungen erlangt gegenüber ihren Fabrikherren. Alle diese Vortheile verdanken sie ihrem Präses John Ward und ihrem General-Sekretär A. Humphrey in Leonard-Hall vom Manchester-District.

Endlich eine unabhängige Arbeiterpartei. In Bradford hielt die Arbeiterpartei (The Independent Labour Party) am 20. Januar ihren ersten Kongreß ab. Keir Hardie, der schottische Bergmann und Parlamentsmitglied, wurde von den 125 erschienenen Delegaten zum Vorsitzenden gewählt. Es entspann sich eine Diskussion über den zu wählenden Namen der Partei. Sozialistische Arbeiterpartei würde diese abgeben, welche sich sonst anschließen würden. Man einigte sich auf die oben erwähnte Parteibezeichnung. (U. A. P.) Alderman Ben Tillet sagte, seiner Meinung nach sei der Trades-Unionismus die beste Art von Sozialismus für die Arbeiter, diese sollte man zu gewinnen suchen. Es wäre eine kräftig organisierte Körperschaft, welche nicht bloß jährete, sondern auch pünktlich ihre Beiträge zahlte. Alle Tage arbeiteten sie für den Sozialismus in praktischer Weise und schloßten nicht bloß auf der Rednertribüne von blutdürstiger Revolution, und wenn es dazu käme, wären sie Dingen, welche sich beim ersten Schuß unter dem nächststehenden Beil vertrieben. Er züge die solide, fortschreitende und wenn es sein müßte kampfbereite Organisation der Trades-Union von England 50 solcher rothen, revolutionären, wie Elßnera iduatternden basenberzigen Parteien des Festlandes von Europa vor. (Dabei bezog er sich bezügl auf Deutschland.)

Der Vorsitzende erlaubte dem anwesenden Ed. Bernkris, obwohl kein Engländer und Delegirter, mit Genehmigung des Ausschusses, zu sprechen, da er die Deutsche sozialdemokratische Partei vertritt. Herr Bernkris dankt für die Auszeichnung, ihn sprechen zu lassen. Er bringt Grüße der deutschen Sozialdemokraten.

Er bedauert, daß einer der Redner so harte Worte gegen die Arbeiter des Kontinents gesprochen habe...

Die Bemerkungen der Resolution wurde beschlossen: Man müsse die Soldaten, welche meist aus den Reihen der Arbeiterpartei entsprossen seien...

Delegaten wurden für den Züricher Internationalen Kongress 1893 und für den Londoner Internationalen Arbeiterkongress gewählt.

Darauf erhoben sich die Delegaten und sangen Rob. Burns' bekanntes Lied: Should Auld Acquaintance be forgot etc.

Das Programm ist bekannt: 1. Abschaffung der Ueberstunden, 2. 48 Stunden pro Woche gesetzlich festgesetzte Arbeit...

Da die gewählte Arbeiterbewegung betreffendes Datum wird gemeldet. Der von den „Arbeiter-Unionen“ beabsichtigte internationale Arbeiterkongress...

Deutscher Tischlerverband.

Bekanntmachung des Ausschusses.

Das Verbandsmitglied Wilhelm Thiebes, bisheriger Kassierer der Zahlstelle Bonn a. Rh., geb. am 5. Januar 1871...

Die Zahlstellenverwaltungen sowie die Mitglieder werden vor dem pp. Thiebes ganz besonders gewarnt.

- 1. die Gründe, welche zum Ausschluss führten, enthält; 2. wer das betreffende Mitglied ausschloß, die Lokalverwaltung oder die Mitgliederversammlung?

Es ist vielfach vorgekommen, daß Mitglieder ausgeschlossen werden und sowohl letztere der Lokalverwaltung als auch in Mitgliederversammlungen...

Jedem eingekommenen Ausschlußprotokoll ist also der Vermerk beizufügen, ob das Mitglied beim Ausschluß zugegen war oder nicht...

Rechtfertigung an den Ausschuß Kenntnis gegeben wurde.

Wir fordern also nochmals dringend auf, die angeführten Punkte zu beachten; es wird dadurch Zeit, Geld und unnötiges Porto erspart.

Wir unsererseits werden strenge und gewissenhaft darnach verfahren.

Die Mitglieder des Ausschusses: Paul Martienjen, Altona, Georgstr. 48. II. Alb. Röske, Wlth. Dressel, Rich. Berg. Heinz. Dooje.

Agitations-Kommission für Hessen und Nassau.

Übersicht

über die im Januar d. J. eingegangenen Beträge. Für 3. Quartal 1892: Dieblich M. —, 63. Für 4. Quartal 1892: Dieblich M. 1,14, Sigen —, 50, Bodenheim 1,89, Jfenburg 2, —, Raing 3,50, Offenbach a. M. 2,31, Rumpenheim a. M. —, 53, Wiesbaden 4,85. Für 1. Quartal 1893: Dieblich M. —, 66, Kreuznach —, 50, Bodenheim 1,89. Summa M. 20,50.

J. A.: Aug. Schermuly, Kassierer. Dreikönigstr. 29, II.

NB. Wir eruchen die Zahlstellenverwaltungen resp. die Einzelmitglieder des Bezirks, die von uns in der Nr. 6 der „N. Z.“ vom 5. Februar d. J. veröffentlichte Bekanntmachung etwas früher zu nehmen und sobald als irgend möglich die Beantwortung der gestellten Fragen...

Die Kommission. J. A.: Fr. A. Wetters, Frankfurt a. M. Bornheimerlandstraße 4, III.

Korrespondenzen.

(Die Schriftführer der Zahlstellen und Vereine werden dringend ersucht, nur schmales Papier zu gebrauchen und nur auf einer Seite zu beschreiben. D. R.)

Rittweida. Wir bitten die Kollegen Deutschlands, den Zugang nach hier fernzuhalten, indem 29 Stuhl- und Sophabauer, 24 Polirer und 7 Bildhauer wegen Kohlenreduktion sich im Ausstand befinden.

Ilmenau, 13. Februar. Von dem hier in Arbeit getretenen Verbandsmitglied W. Michi war zu gestern eine öffentliche Versammlung der Holzarbeiter...

Berlin. Am 1. Februar tagte hier eine Generalversammlung der Filiale Berlin des Deutschen Tischlerverbandes, die sich mit der auf dem nächsten Holzarbeiterkongress zum Beschluß vorliegenden Frage beschäftigte...

Essen a. d. R. Am 28. Januar d. J. hielten wir unsere Mitgliederversammlung ab mit der Tagesordnung: 1. Abrechnung der Lokalkasse vom 4. Quartal. 2. Jahresbericht des Vorstehenden...

leistung, die über 15 % pro Woche geht, ist aber unmöglich durchzuführen. Die Berufsorganisation bildet noch ein sehr starkes Zugmittel für die indifferenten Arbeiter...

leistung, die über 15 % pro Woche geht, ist aber unmöglich durchzuführen. Die Berufsorganisation bildet noch ein sehr starkes Zugmittel für die indifferenten Arbeiter...

Hildesheim. Am 11. Februar hielten wir im Saale des Herrn Wiehe unsere Mitgliederversammlung ab mit der Tagesordnung: 1. Erhebung der Beiträge und Aufnahme neuer Mitglieder. 2. Vortrag über Holzstaub...

Bonn. Am 5. Februar fand im Lokale des Herrn Heinrich Köthgen eine öffentliche Holzarbeiter-Versammlung mit folgender Tagesordnung statt: 1. Holzarbeiterverband und Kartellverträge. 2. Diskussion. 3. Wahl eines Delegierten...

stellung eines Delegierten zum fünften Verbandstag wurde Kollege Baumhummel einstimmig aufgestellt. Zum fünften Punkt „Verschiebung“ wurde der Antrag gestellt, die Verbandsmitglieder Schürmann und Wälte, welche Gelder der Lokalkasse unterschlagen haben, aus dem Verband auszuschließen, welcher auch angenommen wurde. Die auswärtigen Kollegen mögen denken, daß wir Essener Kollegen vollständig mit unserem Loos zufrieden seien, dies ist jedoch nicht der Fall. Bis jetzt ist nun jeder Versuch, unsere Lage zu verbessern, an dem Indifferentismus und dem vorhandenen Massenangebot gescheitert. Wir rufen deshalb den uns noch Fernstehenden und hauptsächlich den Berathenden zu; tretet mit ein in unsere Reihen und kämpfet für das Recht der Arbeiter, denn wir müssen uns immer wieder der Worte unserer Vorkämpfer erinnern: „Einer für Alle und Alle für Einen.“

**Siegen, 12. Febr.** Die gegenwärtige Geschäftsdepression in Verbindung mit der Winterzeit sich zu Nutzen zu machen, entwickeln unsere Kleinmeister eine riesige Virtuosität. Chikanerie wegen der geringsten Kleinigkeiten ist gang und gäbe. So zog in einem Falle ein Meister für einen abhanden gekommenen, höchstens M. 1 Werth habenden Abziehschein dreien bei ihm beschäftigten Gesellen je M. 2 ab. Unter den Dreien befand sich nur ein Verbandsmitglied, dem die abgezogenen M. 2 zurückerstattet wurden. Bei einem anderen Meister wurde ein wöchentliches Lohnabzug von M. 1 damit motiviert, daß Beleuchtung und Heizung diesen Kostenanwand erfordere. Auch in diesem Falle hatte das in der Werkstätte arbeitende Verbandsmitglied den Vortheil, daß ihm nur 25 Pf. abgezogen wurden. Diese Vorgänge sollten den Kollegen doch Anregung genug sein, sich dem Verband anzuschließen, um ihre Angelegenheiten nachdrücklicher wahrnehmen zu können. Mit unserem früheren Bevollmächtigten Schneider haben wir trübe Erfahrungen gemacht. Derselbe ist wegen Zahlungsversäumnis ausgeschlossen.

**Verband deutscher Korbmacher.**

**Hamburg.** (Berichtigung.) In Nr. 6 der „Neuen Tischler-Zeitung“ wird über eine hier stattgefundene Versammlung der Krankenkasse berichtet. Soweit wir unterrichtet sind, hat eine derartige Versammlung nicht stattgefunden. — Das schließt jedoch nicht aus, daß die Versammlung stattgefunden hat. D. R.

**Korrespondenzen.**

**Dresden.** Am 12. Februar fand hier eine gut besuchte öffentliche Korbmacher-Versammlung statt mit der Tagesordnung: 1. Vortrag des Genossen Steinbrück: „Die Arbeitslosigkeit und ihre Ursachen“. 2. Debatte und 3. Stellungnahme zur Generalversammlung resp. Delegiertenwahl. In's Bureau wurden die Kollegen Paul als 1. Vorsitzender, Wobst als Stellvertreter und Westphal als Schriftführer gewählt. Näher auf den mit großem Beifall aufgenommenen Vortrag, was ja auch die Debatte über diesen Punkt bewies, hier einzugehen, ist wohl nicht nöthig, da ja das Thema im Rahmen dieser Zeitung genug und ausführlich erörtert worden ist. Von allgemeinem Interesse war der dritte Punkt: „Stellungnahme zur Generalversammlung resp. Delegiertenwahl“. Kollege Paul wies zunächst darauf hin, daß Dresden die größte Zahl Mitglieder vom Wahlkreis Sachsen habe, daher unser Ort wohl den Ausschlag der Wahl gebe. Weiter weist er auf den eventuellen Holzarbeiterkongress, der zu Ostern in Kassel tagen soll, hin, und stellt die Frage zur Debatte, ob wir uns einem allgemeinen Holzarbeiter-Industrierverband, an Stelle der einzelnen Zentralverbände mit Kartell, anzuschließen haben. Das Wesentliche der Debatte über diese Frage ging dahin, daß wohl der allgemeine Holzarbeiterverband etwas verfrüht ist, da ja noch lange nicht die Mehrzahl der Kollegen überhaupt einer Organisation angehört, da sich noch lange nicht die große Mehrzahl ihres Klassenbewußtseins wie ihrer Klassenlage bewußt ist, hier also wohl der Einzelverband mehr leisten kann, als der allgemeine Industrieverband, der ja eine Ziel- und Klassenbewußte Mehrheit hinter sich haben muß, um etwas leisten zu können. Hierauf, nachdem sich die Versammlung mit der Bescheidung der Generalversammlung einverstanden erklärt, entspannt sich eine heftige Debatte über die Wahl eines Delegierten. Nachdem nochmals hervorgehoben, daß wir nicht allein, sondern ganz Sachsen den Delegierten zu wählen haben, wird folgender Antrag gegen 4 Stimmen angenommen: „Daß die Versammlung mehrere Kandidaten zu Delegierten der Generalversammlung vorschlägt, diese den Einzelmitgliedern resp. Vertrauensmännern der Orte des Wahlkreises bekannt giebt und anfragt, wie sich dieselben dazu stellen, ob sie einen eigenen Kandidaten aufstellen, oder ob sie einem der Unserigen ihre Stimme mittheilen wollen.“ Zu bemerken sei nochmals, daß Dresden die meisten Mitglieder aufweist, also immerhin bei der Wahl ausschlaggebend ist. Hierauf werden als Kandidaten die Kollegen Paul, Paulus und Schurig vorgeschlagen, die ja vielleicht auch Mandem durch die verschiedenen Berichte in dieser Zeitung von hier, sowie von den Krankenkassengeneralversammlungen bekannt sein dürften. Die nächste Versammlung findet über 14 Tage statt, bis dahin werden die Berichte der einzelnen Orte eingehen und wir können zur Wahl des Delegierten schreiten. Zuletzt wurde noch eine Resolution angenommen, daß sich die Versammlung mit den Ausführungen des Vortragenden einverstanden erklärt und verspricht, mit allen Kräften für den Verband zu agitieren.

**Sozialpolitische Kundin.**

**Müdiges Streiten.** Bei Gelegenheit der im Reichstag von sozialdemokratischer Seite angeregten Besprechung über den Notstand wurde der letztere als nicht vorhanden von den Mehrheitsparteien unter Anderem auch damit begründet, daß die Entlagen bei den Spatlassen, hauptsächlich denen Sachsen, in stetigem Steigen begriffen seien. Auf das Beispiel Sachsens wurde von deswillen hingewiesen, weil dort notorisch mit die schlechtesten Löhne gezahlt werden, die Arbeiter also in Gegenden, wo die Löhne bessere seien, noch eher sich in der Lage befinden, zu sparen. Der Abgeordnete Auer betonte schon mit Recht, daß das Zutreffen von Kapitalien in die Spatassen davon herführe, daß die Kapitalisten und Inhaber der Spekulationsbanken sich hieselbst auf Kosten der Arbeiter, ohne ihre Kundenschaft über das Reizziel zu unterrichten. Doch es soll auch gar nicht bestritten werden, daß Arbeiter sparen, darauf bedacht sind, einen Not-

stand zu besitzen. Solches ist auch niemals gelügnert worden. Wir haben nur behauptet, daß bei einem Einkommen von weniger als M. 800 bis 900 eine Familie noch zu sparen nicht im Stande ist, oder sie muß solches auf Kosten größerer Entbehrungen thun, die sich unanschuldlich durch starken Kräfteverbrauch, Siechthum und frühzeitigen Tod rächen werden, rächen müssen. Was liegt auch an einem Arbeiterleben?! Frühzeitiger Tod desselben verringert das Angebot, verbessert demnach die Lage der Ueberlebenden. So lehren wenigstens die Marktflüsterer und ihre heutigen Jünger, die eine zu großer Blüthe gelangte Industrie mechanischer Mittel zur Regulation der Kindererzeugung geschaffen haben.

**Die Redeschlacht über den Zukunftsstaat** hat nach fünfjähriger Dauer ihren Abschluß gefunden. Die Mehrheitsparteien haben den Kampf aufgegeben. Die Redeschlacht sollte einmal, wie der Abgeordnete Liebnicht sehr zutreffend bemerkte, die allgemeine öffentliche Aufmerksamkeit von der das Volk in seinem Innersten aufwühlenden Militärvorlage ablenken, und dann wohl auch im Falle der Auflösung des Reichstages bei der indifferenten Bevölkerung zur „Rache“ herhalten. Daß die erstere Ansicht die richtige ist, geht daraus hervor, daß verschiedene ultramontane Organe die Militärvorlage nicht mehr für aussichtslos halten. Damit fällt der zweite Zweck weg, und aus diesem Grunde haben die Mehrheitsparteien allen Grund, zu wünschen, die Debatten wären nicht gepflogen. Durch dieselben ist die Aufmerksamkeit in hervorragendem Maße dem Sozialismus zugewandt worden. Die trägen Massen gerathen in Bewegung. Die Diskussion fliehet herüber und hinüber. Daß sie in die richtige Bahn geleitet wird, dafür wird die von sozialdemokratischer Seite bereits eingeleitete Ueberschwemmung des Volkes mit den jüngst gehaltenen Reden Sorge tragen. Bei dieser Gelegenheit möchten wir einen selbst noch in Arbeiterkreisen weitverbreiteten Wahn zerstören. Die Meinung ist im Volke noch eine weitverbreitete, die im Reichstag gehaltenen Reden verfolgten den Zweck, die Zuhörer zu überzeugen. Die Meinung ist eine irrige. Alle im Reichstage zur Abstimmung gelangenden Fragen werden vom parteipolitischen Standpunkt entschieden. Die Abstimmung und der Ausfall derselben kommt in der Fraktionsstimmung zur Entscheidung. Die Reden im Plenum sind Dekorationswert, soweit der Reichstag in Betracht kommt. Die Bedeutung der Reden liegt in der Aufmerksamkeit, mit der das Volk dieselben verfolgt, und welche Verbreitung dieselben finden. Der Reichstag ist somit eigentlich die Zentralfelle der politischen Aufklärung. Durch die Rührigkeit der Sozialdemokratie erhält die im Reichstage gehaltene Rede eines sozialdemokratischen Abgeordneten dieselbe Bedeutung, als wenn derselbe im Lande ein paar hundert Versammlungen abgehalten hätte. Nur der berechtigte Wunsch der Wähler, den Mann, der ihnen aus der Seele gesprochen hat, persönlich kennen zu lernen, bleibt unerfüllt. Das Verlangen, die sozialdemokratischen Abgeordneten sollten die parlamentarische Thätigkeit aufgeben und im Lande Agitation betreiben, ist deshalb ein geradezu widersinniges. Aus dem Gesagten ist zu erkennen, warum die Mehrheitsparteien die Diskussion über den Zukunftsstaat abbrechen. Sie sahen ein, daß die agitatorische Wirkung der gehaltenen Reden der Sozialdemokratie in den Schooß fallen muß. Darüber täuschen sie sich nicht, trotz des Siegestrausches, in dem sich die einzelnen Kategorien der Bourgeoisie befinden, und auch, was bezeichnend für sie ist, schon ordentlich in die Haare gerathen sind, daß ihre Position eine bessere geworden wäre. Sie können auch sagen: noch ein solcher Sieg, und wir sind verloren. Trotz der Siegesparaden, welche die Bourgeoisieprelle verkündet, will ein echter Jubel nicht zum Durchbruch gelangen. Die gedrückte Stimmung, welche die fünfjährige Debatte bei ihr hinterlassen hat, und die die Sozialdemokratie in ihrer Höhe und Erhabenheit, in der sie sich über die Gemeinplätze des täglichen Lebens erhebt, so recht zur Geltung bringt, lügt aus allen Ecken und Winkel hervor. Der Ton der Debatte, den die Redner der Mehrheitsparteien anschlugen, war ein zu schaler, trivialer. Er entspricht nicht dem Denken und Fühlen der Bourgeoisie. Sie hoffte das erlösende Wort zu hören, das ihr das Bekenntnis ihrer Unfähigkeit ersparen sollte. Herr v. Stumm machte wohl den schüchternen Versuch, das erlösende Wort zu sprechen, aber man weiß nicht, ob dasselbe individuelle Auffassung, ist oder ob man sich des Einverständnisses der Regierung eventuell versichert halten kann, und darum verhält sich die Bourgeoisie still und läßt Herrn v. Stumm seine eigene Meinung über Ausnahmefälle haben. Der Bourgeoisie fehlt ihr leitender Stern, Bismard, der heute noch wahrhaft darnach lechzt, die Hand der Sozialdemokraten zu greifen. Wir sind überzeugt, könnte Bismard seine in den „Hamburger Nachrichten“ niedergelegten Ausführungen mit dem Gewicht der Würde und des Amtes als Reichskanzler decken, die Bourgeoisie würde jedes beehrte Opfer bringen, sie würde ihn, wenn es seine Bescheidenheit (?) zuließe, zum Willkürherrscher erheben. Das Sprachrohr Bismard's schreibt: Die soziale Frage ist keine Rechtsfrage, sondern eine Macht- und Kriegfrage, und muß als solche behandelt und rechtzeitig zur Entscheidung gebracht werden. Diese Aufgabe kann aber nicht im Wege des friedlichen Fortschritts und des Kompromisses, sondern nur durch den Kampf gelöst werden. Je eher derselbe aufgenommen wird, um so günstiger sind die Chancen eines baldigen und nicht zu theuer erkauften Sieges. Das ist die Sprache, die den Beifall der Bourgeoisie findet. Die ruhige, gemessene Agitation der Sozialdemokratie ist ihr ein Grusel. Sie fühlt den Boden unter ihren Füßen wanken. Sie weiß, jeder neue Tag der Propaganda schwächt ihre Stellung und härt die Position der Arbeiter. Dieser stetige und sichere Siegeslauf der proletarischen Bewegung soll aufgehalten, vernichtet werden, vernichtet durch die Anwendung brutaler Gewalt, indem man den Zeitpunkt noch günstiger erachtet, die Arbeitbrüder auseinander zu heben. Darin griffelte die Regierungskunst Bismard's, und die Bourgeoisie trauert noch darum, daß er kein Regierungsprogramm nicht mehr erfüllen konnte. Das Redetournee der fünfjährigen Debatte über den Zukunftsstaat war, soweit die Mehrheitsparteien in Betracht kommen, eine Parolequadrade, ein Akt, und wir bedauern nur, daß die sozialdemokratischen Redner im Interesse der Sache nicht mit gleicher Münze bezahlten konnten. Der Wähler im Lande erforderten die Mäßigkeit der ergriffenen Behandlung der anzuwendenden Frage, die Fragesteller nicht, die wollen die soziale Frage nicht als Rechtsfrage, sondern, wie ihr Mentor Bismard, als eine Macht- und Kriegfrage behandelt wissen. Wir wünschen aber auch, daß sie nicht des Rechtsbodens entbehre, und den hat sie, und wir lassen uns demselben nicht werben.

**Kommission für Arbeitsstatistik.** Die Kommission ist am 3. d. M. zu einer mehrtägigen Berathung zusammenge-

treten. Die Berathungen sind hinter dem Interesse, welches den Debatten über den Zukunftsstaat im Reichstag entgegengebracht wurde, völlig in den Hintergrund getreten. Der langen Rede kurzer Sinn ist der, die Erhebungen genügen noch nicht, sie sollen noch vervollständigt werden. Damit ist man der gesetzlichen Regelung der Arbeitszeit im Bäckereigewerbe vorläufig aus dem Wege gegangen. Herr Oberstaatsanwalt Hartmann meinte, wir müßten alle mehr arbeiten, als die Hygieniker gelten lassen wollten, ergo können's die Bäcker auch. Herr Direktor v. Scheel vom statistischen Amt konnte die tröstliche Auskunft geben, daß die Berichte der Innungsstellen der Bäcker keine außerordentlich hohe Krankheitsziffern aufweisen. Der bayerische Oberregierungsrath Rasz brachte es sogar fertig, gegen die einheitliche Regelung der Arbeitszeit der Bäcker ein partikuläres Bedenken in's Treffen zu führen. Der geehrte Herr zürte die Gefahr eines Reichsbrotens. Die bestellten Referenten wurden beauftragt, zu ermitteln, nach welcher Seite das Material noch einer Ergänzung bedarf, wie das Material beschafft werden soll, und was dann gethan werden soll. Hoffentlich werden die Bäcker die Geduld nicht verlieren.

**Unschäpfung des Verbandes der deutschen Berufsgenossenschaften.** Der geschäftsführende Ausschuß des Verbandes der deutschen Berufsgenossenschaften hielt am 28. Januar unter dem Vorsitz des Reichstagsabgeordneten Köhde in Berlin eine Sitzung ab, in welcher unter Anderem die Angelegenheit der von dem Verbande zu erlassenden Normal-Unfallverhütungsvorschriften zur Sprache kam. Der Vorsitzende konnte mittheilen, daß die Entwürfe für die einzelnen Gruppen, in welche die Unfallverhütungsvorschriften seinerzeit eingetheilt worden waren, bis auf einen sämmtlich dem Reichsversicherungsamte zur Prüfung eingereicht sind. Auf Grund früherer Beschlüsse war seitens des geschäftsführenden Ausschusses eine Enquete über die Nothwendigkeit einer Arbeitsvermittlung für invalide Arbeiter in Berlin und Umgegend veranlaßt worden. Das Resultat dieser Enquete liegt jetzt vor, und kann danach eine solche Nothwendigkeit für Berlin für jetzt nicht anerkannt werden. Die in Rede stehende Enquete hat zugleich interessantes Material zur Beurtheilung der Frage geliefert, inwieweit die von den Berufsgenossenschaften bewilligten Renten Ersatz für die verminderte Erwerbthätigkeit der Verletzten zu bieten im Stande sind. Da indessen das gesammelte Material doch nicht ausgiebig genug erscheint, um daraus bindende Schlüsse zu ziehen, so sollen die Erhebungen noch weiter fortgesetzt werden. — Die in der Novelle zum Krankenversicherungsgesetz enthaltene Bestimmung, wonach den Berufsgenossenschaften die Uebernahme des Selbstverfahrens schon vor Ablauf der ersten 13 Wochen freisteht, wurde einer nochmaligen Besprechung unterzogen. Um sich in dieser Frage schlüssig zu machen, muß den Berufsgenossenschaften unter Anderem die Untersuchung der Verletzten gleich nach dem Unfall gestattet sein. Zur Vermeidung von Konflikten, die hieraus möglicherweise entstehen könnten, wurde beschlossen, ein Rundschreiben an alle gesetzmäßigen Krankenkassen zu erlassen, worin die durch das Gesetz geschaffene Situation und der Standpunkt der Berufsgenossenschaften klargestellt, sowie ein möglichst vollkommenes Einverständnis zwischen den berufsgenossenschaftlichen Vertrauensärzten und den Krankenkassenärzten angebahnt werden soll. — Die Unzulänglichkeiten, die sich bei der Versicherung von Regiebauern gezeigt haben, sind schon wiederholt Gegenstand der Berathungen seitens des Verbandes der deutschen Berufsgenossenschaften gewesen. Auch bei den diesmaligen Verhandlungen des geschäftsführenden Ausschusses kam diese Angelegenheit zur Sprache, und man theilte die von einem anwesenden Vertreter der Baugewerks-Berufs-genossenschaften angeführte Ansicht, daß allen Differenzen am besten dadurch vorgebeugt würde, wenn die industriellen Berufsgenossenschaften den Baugewerks-Berufsgenossenschaften gegenüber von vornherein erklärten, ob sie für die Versicherung der Regiebauern ihrer Mitglieder aufkommen oder nicht oder das Risiko für alle diejenigen Regiebauern übernehmen, die bei den Baugewerks-Berufsgenossenschaften vor dem Eintritt eines Unfalls nicht angemeldet worden sind.

**Kosten der Berufsgenossenschaften.** Auf Grund der vom Reichsversicherungsamt zur Abfassung des Berichtes an den Reichstag eingeforderten Rechnungsabrechnungen der Berufs-genossenschaften ist von amtlicher Seite die Berechnung aufgestellt worden, daß auf das Jahr 1892 die Ausgaben für die Unfallversicherung 54 Millionen Mark betragen haben. Die zur Ausführung der Unfallversicherung eingesetzten Organe, Berufs-genossenschaften und Ausführungs-Behörden sind um sieben Millionen in Thätigkeit gewesen. Im ersten dieser Jahre belaufen sich ihre Ausgaben auf 10,5 Millionen; diese haben sich demnach mehr als verdreifacht. Man wird dabei allerdings nicht außer Acht lassen dürfen, daß in der Zwischenzeit weite Kreise in die Unfallversicherung neu einbezogen sind, wie die Land- und forstwirtschaftlichen Arbeiter, die Seelente, die Tischlerarbeiter. Insgesamt sind in den sieben Jahren für diesen einzigen Zweig der staatlichen Arbeiter-Versicherung rund 230 Millionen Mark verausgabt. Die Ausgaben für die Unfallversicherung werden bekanntlich von den Arbeitgebern allein bestritten.

Der letzte Satz fügt die Unternehmerpresse in selbstgefälliger Weise bei. Wir erlauben uns, zu betonen, daß die Unternehmer die Kosten allein tragen. Sie herauslagern sie nur und das noch nicht einmal. Zunächst sind sie von den Arbeitern in Form von Lohnabzügen schon mehr als doppelt eingezogen, bevor sie noch abgeführt werden. Dann sind die noch sehr erheblichen Verwaltungskosten der Berufsgenossenschaften in Abzug zu bringen, so daß man eigentlich umgekehrt behaupten kann, die in den Berufsgenossenschaften von den Unternehmern zu vergebenden Stellen werden eigentlich von den Arbeitern in letzter Linie dekret. Wir lassen uns nun einmal die Meinung nicht anreden, daß die Beiträge zur Unfallversicherung von den Unternehmern als Theil der Produktionskosten in Rechnung gestellt werden, und daß durch dieselben die Höhe des Profites keinerlei Einschränkung erfährt.

**Maximalhöhe der Unfallrente.** Eine interessante Streitfrage lag dem Reichsversicherungsamt in einer seiner letzten Sitzungen zur Entscheidung vor. Ein Arbeiter, welcher infolge eines durch Betriebsunfall erlittenen Bruchleidens von einer Berufsgenossenschaft eine Rente von 10 Pf. bezog, wurde durch einen neuen Unfall völlig erwerbsunfähig, und forderte deshalb von einer anderen Berufsgenossenschaft die volle Rente. Diese erklärte zwar ihre Verbindungspflicht, sowie auch die Gesamtverantwortung des Arbeiters an, bemah aber dessen Rente nur auf

90 pSt. da er eine Rente von 10 pSt. bereits erhalte und mehr als im Ganzen 100 pSt. noch nicht bekommen dürfte. Das Schiedsgericht trat dieser Auffassung bei, dagegen verurteilte das Reichsversicherungsamt am 16. Januar cr. die beklagte Berufsgenossenschaft zur Zahlung der vollen Rente, mit nachfolgender Begründung: Die Vollrente ist keine an sich, bezw. für den einzelnen Arbeiter feststehende Biffer; deshalb sind eine Rente von 10 pSt. und eine Rente von 90 pSt., wenn sie von verschiedenen Arbeitsverdiensten berechnet werden, nicht zusammen gleich einer Rente von 100 pSt. Verminderter Erwerbsfähigkeit entspricht naturgemäß auch verminderter Arbeitsverdienst. In der Rente von 10 pSt. empfing also der Beschädigte zugleich die Vergütung dafür, daß ihm bei späteren Unfällen die Rente nur noch einem entsprechend niedrigeren Arbeitsverdienst berechnet werden werde. Derselben würde also Unrecht geschehen, wenn man ihm bei der Rentenfeststellung nunmehr nochmals die ihm bereits zustehende Rente in Anrechnung bringen wollte. War jene Rente richtig bemessen, d. h. betrug die Verminderung der Erwerbsfähigkeit und des Arbeitsverdienstes wirklich 10 pSt., so erhält der Kläger, wenn ihm jetzt nach diesem verminderten Arbeitsverdienst die volle Rente dazu bewilligt wird, nicht mehr, als wenn er sofort durch den ersten Betriebsunfall ganztaubblinde geworden und nach seinem damaligen Arbeitsverdienst zu entschädigen gewesen wäre.

**Invaldität- und Altersversicherung.** Es kommt in einzelnen Gewerken vor, daß nicht alle Gesellen dauernd, d. h. auf Grund eines für unbestimmte Zeit abgeschlossenen Vertrages beschäftigt werden, sondern die Meister den Einen oder Anderen „auswärtig“ annehmen und der Arbeitsvertrag von vorn herein für einen, zwei oder drei Tage abgeschlossen wird. Bei den Beschäftigten ist nun mannigfach die Meinung verbreitet, eine solche Beschäftigung sei nicht versicherungspflichtig. Diese Ansicht ist eine irrthümliche. Allerdings ist eine solche Art der Beschäftigung in Orten, wo das Anmeldeverfahren besteht, nicht meldepflichtig, wohl aber ist sie versicherungspflichtig. Zur Entrichtung der Beiträge ist derjenige Arbeitgeber verpflichtet, der den „auswärtig“ angenommenen Gesellen in der Woche zuerst beschäftigt. Er hat in dessen Quittungskarte die Beiträge seinerseits ohne Vermittlung einer Gehilfen einzuflehen.

**Die wollen streifen, nämlich die Jungangemeister in Frankfurt a. M.** Dieselben haben den Beschluß gefaßt, sich bei den bevorstehenden Gewerbeprüfungsarbeiten nicht zu betheiligen, weil manche sich als Arbeitgeber gerieren, die eigentlich nur Arbeiter seien. Die Jungangen verlangen die Aufstellung von Greis-Beschlüssen. Herr Stadtrat Dr. Fleck weiß das Ansuchen mit dem Hinweis auf die geringe Beteiligung der Jungangen an den Gewerbeprüfungsarbeiten in Berlin zurück. In die dort ausgenommenen Kreise haben sich nur 3800 Arbeitgeber eingetragen. Herr Dr. Fleck läßt durchblicken, daß die Aufsetzung der Listen nur die Interessenlosigkeit der Unternehmer im Allgemeinen und die Bedeutungslosigkeit der Jungangen im Besonderen hervorheben lasse. Man befürchtet, daß in Berlin außer in der Arbeit der Arbeiter, die Sozialdemokraten auch in mehreren Bezirken in der Abtheilung der Untersuchungen jagen werden. Die Zahlen in Berlin fanden am 20. d. M. statt.

**Juristische Verordnungen.** Der Zentralausschuß der vereinigten Jungangemeister Deutschlands bereitet nach bisherigen Vorberathungen mit den Verbänden und Jungangemeistern eine Petition an das Reichsamt des Innern vor, in der dieses gebeten wird, einen Gesetzentwurf zum Schutze des Meißnerrechts auch in der gegenwärtigen Session des Reichstages vorzulegen. In der betreffenden Petition wird besonders betont, daß die Forderung des Titels „Meister“ werde von dem selbständigen Handwerker ein hoher Werth gelegt; einerseits werde durch die fälschliche Annahme des Meißnerrechts ein ungesetzlicher Umgang getrieben, andererseits keinerlei Recht verleiht, wenn der Meißnerrecht, wie beantragt, gefälscht geschickt und seine ungesetzliche Forderung unter Strafe gestellt wird. Weil aber durch die Erfüllung dieses Wunsches keinerlei gewerbliches Interesse geschädigt, wohl aber viel Gutes erreicht werde, hoffe der selbständige Handwerker, daß diese Sicherung seines Meißnerrechts ihm nicht länger verweigert werde. Die Petition schließt mit dem Hinweise, daß mit der Verleihung eines nachherigen Schutzes für die Forderung des Meißnerrechts durch die Aufnahme der beantragten Forderung in den § 149 Abs. 8 der Reichs-Gewerbeordnung die Möglichkeit gegeben wird, vielen heute im Submissionswesen vorhandenen Schäden mit Erfolg entgegenzutreten.

Wenn es sich hier um den „hohen Werth“ handelt, den selbständige Handwerker dem Titel „Meister“ beilegen, so sollten die Meister die Würdigung dieser Interessen den Beschäftigten doch selber gelassen haben und sich denselben nicht als Forderung aufdrängen. Daß die selbständigen Handwerker sich an der Bewegung nicht betheiligen, zeigt, wie ihnen der Titel Meister wenig schmeckt. Der Juristenschein steht in der Regel zu den Jungangemeistern zu, wenn ein Recht, welches jedem nicht der Jungang Angehörigen bei Strafe verweigert? Gedacht denn das nicht? Warum können die Gesellen auf ihre Familienmitglieder denn nicht Jungangemeister? Die Bezeichnung muß bei dem Publikum doch nicht den guten Klang haben, als wie die Juristen stets behaupten. Daß der gesetzliche Schutz zur Forderung des Meißnerrechts eine Garantie gegen Schäden im Submissionswesen geben sollte, beweisen wir auf Grund gemachter Erfahrungen sehr stark. Wir erinnern nur daran, daß vor Jahresfrist es der Obermann der Submissionsverwaltung in Wien war, der im Submissionswesen mit einem Titel der Summe des Submissionsaufschlags Mandatführer der Sub. Wir können den Juristen auch so viel Mühe zu, auf diesem sehr wichtigen Vorgang die interessierenden Schlussfolgerungen zu ziehen.

**Die Aufhebung der Altersrenten über die Schule nach Schulz.** Die Altersrenten sind bekanntlich der Art, daß der Arbeiter, wenn er mehr lernt, als wie Religion, Sitten, Ordnung und Scharben, sich zur Arbeit für zu gut halten, aufgehoben mit seiner Lage werde, und es deshalb gut sei, daß der Schulpflicht der Schule über das genannte Ziel nicht hinausgehen. Der gleiche Aufsatz ist auch der Festsitz der Kommission. Welche Rolle hat er die zweite Kammer eine Petition gezeichnet, deren Ausgang auf eine Verfestigung des Unterrichts in den Schulstunden gerichtet war. Er formulierte seine Wünsche in sechs Punkten, wovon u. A. die Fortsetzung zum Besuche

der ländlichen Fortbildungsschule aufgehoben, von erreichtem ersten Lebensjahre an die Schulkinder auf dem Lande in den Monaten April bis September, einschließlich an den Nachmittagen der Schultage, vom Schulbesuche befreit, der weltliche Unterricht in der ländlichen Volksschule auf Lesen, Schreiben, Rechnen, deutsche Sprache, sowie eine leichtfassliche Unterweisung in den Grundlagen der Naturwissenschaften beschränkt werden sollte. Der Turnunterricht soll in den ländlichen Volksschulen ganz aufgehoben werden. Die heftigste Regierung hat ihre Mitwirkung an diesen Anträgen versagt, weil sie die Leistungen der in ersterem Blüthen begriffenen Volksschule in hohem Grade gefährden würden. Der Ausschuß der Kammer empfiehlt, ebenfalls, der Petition keine Folge zu geben. Die geistige Hebung des Volkes hielten an zu halten und die fast plünderhafte Ausbeutung desselben zu betreiben, sind zwei Geppflogenheiten, die man immer in erblicherer Vereinigung beisammen findet.

**Zentralisierung des Arbeitsnachweises.** Der einleitende Versuch dazu ist in Berlin unternommen worden. Im Bürgerlaale des Berliner Rathhauses fand am Abend des 6. d. M. auf Einladung des Vorstandes des Zentralvereins für Arbeitsnachweis in Berlin eine Delegirtenkonferenz von Gewerkschaften, Verbänden, Vereinen, Innungen und sonstigen Vereinigungen, welche einen nicht gewerkschaftlichen Arbeitsnachweis unterhalten, statt, um der Frage einer einheitlichen Regelung des Arbeitsnachweises näher zu treten.

Die Konferenz war von gegen 70 bis 90 Vereinigungen aller Art besetzt, auch die Streik-Kontrollkommission hatte ihren Geschäftsführer entsandt. Als Vorsitzender des Zentralvereins eröffnete Herr Magistratsassessor Dr. Freund die Konferenz mit dem ausdrücklichen Hervorheben, daß die Konferenz keinerlei amtlichen Charakter habe und betonte das Bänkenstempel einer Organisation der gegen 200 in Berlin bestehenden Arbeitsnachweise. Eine Verbindung der jetzt zusammenhanglosen Arbeitsnachweise könne geschaffen werden durch Bildung eines Zentralausschusses und später durch Bildung eines Zentralverbandes unter Wahrung der Selbstständigkeit der einzelnen Arbeitsnachweise. Aufgabe des aus zehn Arbeitgebern, zehn Arbeitnehmern und drei Unparteilichen aus dem Vorstande des Zentralvereins zu bildenden Zentralausschusses würde sein die Zusammenstellung einer Arbeitsnachweisstatistik, welche nicht mit einer Arbeitslosenstatistik zu verwechseln sei, zu welcher die einzelnen Arbeitsnachweise das erforderliche Material allmonatlich zu liefern haben würden. Aus den verschiedenen Schmäntzen auf dem Arbeitsmarkte, den angebotenen und vermittelten Stellen gegenüber den Arbeitsgebern würde sich ein Rückschluß ziehen lassen auf den Umfang der Arbeitslosigkeit. Auch würde der Umfang des Zuganges festzustellen sein, welchen unter Umständen einzuführen man für geboten erachten könnte, ohne der Freizügigkeit irgendwie zu nahe treten zu wollen. Der Zentralausschuß hätte ferner seine Aufgabe darin zu erblicken, ein eigenes Heim für alle Arbeitsnachweise zu schaffen, wodurch den Arbeitnehmenden ein Ueberblick über alle vorhandenen Arbeitsgelegenheiten ermöglicht würde, und in letzter Linie in der Schaffung eines organisierten Zentralverbandes. Die erzielte Arbeitsnachweisstatistik würde gebildet den Beschäftigten zugestellt werden und der Zentralverein für Arbeitsnachweis die Kosten hierfür tragen. Dr. Freund schloß schließlich die Niederlegung einer Kommission zur Vorbereitung der Wahl des Zentralausschusses vor. Faber (Streik-Kontrollkommission) fand dem Projekte theoretisch sympathisch gegenüber, hält dasselbe aber praktisch bis auf die Arbeitsnachweisstatistik nicht für durchführbar. Die Vereinigungen der Arbeiter gelten als und seien fast ausnahmslos politisch, ein Zusammenarbeiten daher nach dem Vereinsgesetze unpraktisch. Außerdem verfolgten die Arbeitgeber mit ihren Arbeitsnachweisen vielfach andere Interessen als die der Arbeiter, weshalb eine gemeinsame Verwaltung unangängig erscheine. Die Schaffung eines Heims, einer Arbeitsbörse, müsse Sache des Magistrats sein, jedenfalls müsse diese Angelegenheit zunächst in öffentlichen Gewerkschaftsversammlungen diskutiert werden, da diese zu beschließen hätten. Dieser Standpunkt wurde von allen Arbeiterdelegirten getheilt. Da auch von Seiten der Arbeitgeber dem Projekte Sympathie entgegengebracht wurde, so soll später eine neue Konferenz einberufen werden, um nach Stellungnahme der Gewerkschaften u. zu dem Projekte im Allgemeinen und den einzelnen Fragen im Besonderen weiter zu verhandeln. Eine in diesem Sinne gehaltene Resolution wurde angenommen.

**Guter Verdienst.** Um der Noth der schlesischen Weber einigermaßen zu steuern, hat der Fiskus denselben Zeileinen in Arbeit gegeben. Für ein Stück erhält ein Weber M. 9 Die Arbeitsdauer beträgt fünf Tage. Wie lange die tägliche Arbeitszeit dauert, wird nicht gesagt; doch es wird die bei den Webern übliche, mindestens 14 stündige sein. Wenn dann der Tagesverdienst von M. 1.80 als ein guter bezeichnet wird, dann kann man sich ungefähr einen Begriff davon machen, wie der Verdienst dieser Arbeiter sonst beschaffen sein muß.

**Auch ein Beweis für den zunehmenden Nothstand.** Erst neulich gelegentlich der Reichstagsdebatten im Reichstag wurde behauptet, in Sachen sei eine allgemeine Verletzung des Geschäfts zu verzeichnen. Die Konjunktur bewege sich in aufsteigender Linie. Dieser Behauptung gegenüber ist festzustellen, daß nach Anweis des amerikanischen Konsulats in Chemnitz die Anzahl im dortigen Konjunkturbezirk im Vorjahr um 246 587 Dollar hinter der des vorangegangenen Jahres zurückgeblieben ist. Die Hälfte dieser Summe, 123 303 Dollar, fällt allein auf das letzte Vierteljahr. Was die Annahme gewiß rechtfertigt, daß die Zunahme des Nothstandes während der Wintermonate in fortwährendem Steigen begriffen ist.

**Kaszkung.** Im großen Polytechnikum in Charlottenburg ist am 7. d. M. seitens des Reichsversicherungsamtes die Aufstellung der Gegenstände bewirkt worden, mit denen Umfang und Bedeutung der deutschen Unfallversicherung auf der Weltausstellung in Chicago soll zur Veranschaulichung gebracht werden. Es sind zumest Zeichnungen, statistische Tafeln und die Bücher der einschlägigen Literatur. Eine Reihe großer Tafeln zeigt kolossale Abbildungen von Schuttporrichtungen an Holzbearbeitungsmaschinen, Vorrichtungen zur Unfallverhütung beim Bergbau und Schuttporrichtungen an Maschinen u. (Schwerts, Schutzrollen mit selbstthätiger Ausrückvorrichtung an Papiermaschinen u. dgl. m.). Von ganz besonderem Interesse sind aber namentlich die sehr übersichtlich angeordneten Tabellen über Unfallstatistik. Nach diesen Tabellen ergeben sich folgende, wohl auch weitere Kreise interessierende Thatsachen: Von 1000 Beschäftigten erleiden Verletzungen im Durchschnitt die Beschäftigten

nicht mitgerechnet) 7, in der Eisen- und Metallindustrie 6, in der Textil- und Bekleidungsindustrie 2, in der Genussmittel- und chemischen Industrie 6, in der Holz- und Papierindustrie 5, im Bauwesen 5, im Verkehrswesen 8 Personen; die Zahl der Todten ist noch sehr viel geringer und erreicht im Bergbau und Verkehrswesen noch nicht 1/10 Prozent. Die Ursachen der Verletzungen und Todesfälle sind natürlich verschieden. Durch fehlende Schuttporrichtungen verunglücken und sterben unter 100 Verletzten durchschnittlich 13 (2), durch mangelhafte Betriebsrichtung 7 (2), durch mangelhafte Betriebsleitung 4 (1), durch die Schuld des Verletzten 7 (2), durch Unachtsamkeit 19 (2), durch die Schuld von Mitarbeitern 3 (1), durch unvermeidliche Betriebsgefahren 48 (7). In diesen zwei letzten Biffern spricht sich eine erschütternde Tragik aus. Von 100 Arbeitern müssen 7 darauf gefaßt sein zu sterben und 48 zu verunglücken, weil mit ihrer Arbeit Gefahren verknüpft sind, denen bis jetzt keine Weisheit der Ingenieure und Maschinenbauer hat abhelfen können, oder denen überhaupt nicht gesteuert werden kann — Wirklich? Sollten die Betriebsgefahren unvermeidlich sein? Wir glauben kaum. Die Unfallverhütungsvorschriften werden noch so laß gehandhabt, daß wir nicht ansehen, einen großen Theil der als unvermeidlich bezeichneten Betriebsgefahren auf Konto der mangelhaften Anwendung der Schuttporrichtungen und Schutzmaßregeln zu setzen. Wo diese auch ausreichende sind, ist immer noch in Betracht zu ziehen, daß theilweise Ueberanstrengung der Arbeiter auf der einen und die jammervolle Löhnung auf der anderen Seite viel dazu beiträgt, die Unfallgefahr zu erhöhen.

**Aus Dänemark.** Der dänische Landtag — Folkething — hat die Anträge der beiden Sozialdemokraten Holm und Hürbom, die gesetzliche Regelung der Arbeitszeit und die Festsetzung eines Minimallohnes betr., einem Ausschuß überwiesen. Um dem Antrag gegen einen früheren eine freundlichere Aufnahme zu sichern, hatten die Antragsteller auf den Abschubentag verzichtet. Ganz wie bei uns, erwarteten sich Regierung und herrschenden Parteien dagegen, als wenn die soziale Gesetzgebung nur unter dem Geschehenwerden von Seiten der Sozialdemokratie Fortschritte mache. Den Trost wollen wir den herrschenden Klassen gern lassen, wenn nur für die Arbeiter etwas dabei herauspringt. Auf Dank reflektirt die Sozialdemokratie nicht, sie thut einfach ihre Schuldigkeit.

**Aus Oesterreich.** In Prag wurden dem Redakteur der „Christlichen Arbeiterblätter“ die Fenster eingeworfen, weil er die sozialistischen Arbeiter beschimpft hatte. — Im österreichischen Abgeordnetenhaus wurde eine Lange für die Zulassung der Frauen zum Studium der Medizin gebrochen. Es wurde hervorgehoben, daß insbesondere ihre Gewissenhaftigkeit, ihr Reinlichkeits- und Ordnungssinn sie zu diesem Studium qualifizire.

**Aus der Schweiz.** Dem großen Rath des Kanton Basel ist der Antrag auf Errichtung einer Versicherungskasse gegen Arbeitslosigkeit unterbreitet. Ein Versuch im Kleinen ist von der Stadt Basel unternommen. Man hofft, derselbe werde sich bewähren. Dem Plan liegt die auch von einzelnen Gewerkschaften betriebene Arbeitslosenunterstützung zu Grunde. Hier sollen aber außer den Versicherten Arbeitgeber, Gemeinde und Staat noch Beiträge leisten.

**Aus Belgien.** Dem in Vorbereitung begriffenen Referendum für das allgemeine Stimmrecht werden von der Regierung allerlei Schwierigkeiten bereitet. Den Bürgermeistern der Vororte Brüssel, die ihre Mitwirkung zugesagt hatten, wurde dieselbe verboten. Jedoch ist das Referendum gesichert. Es wird auf rein privatem Wege ausgeführt, so daß die Regierung keinerlei Einwirkung mehr ausüben kann.

**Aus Frankreich.** Die verschiedenen sozialistischen Arbeitergruppen von Paris hielten vor 14 Tagen eine große Versammlung ab, um die Vorbereitungen zur Organisation der diesjährigen Wahlen zu treffen. Ein Komitee wurde ernannt und bestimmt, daß nur die auf dem Boden der Klassenkenntnis stehenden Arbeitervereinigungen zur Theilnahme an der Demonstration, die in einem Umzuge bestehen soll, zugelassen werden. An dem sozialistischen Kongreß in Roubaix nahmen 145 Delegirte Theil. Unter denselben befand sich ein Abgeordneter, ein Bürgermeister, drei Generalräthe und 70 Gemeinderäthe. Der Bürgermeister von Roubaix, dem seitens der Regierung unterjagt war, den Saal der Bürgermeisterei dem Kongreß einzuräumen, bewillkommnete nichts desto weniger die Delegirten, wie er auch sonst sein Möglichstes für das Gelingen des Kongresses gethan hatte.

Die deutsche Bourgeoispreffe melde von einem in Marseille ausgebrochenen Väterstreik, bei dem Väterläden geplündert und Soldaten gegen die Ausständigen aufgeboden und eingeschritten seien. Man gab der Freude über das energische Einschreiten der Regierung in dem sozialistischen Marseille unverhohlene Ausdruck. Die Freude war eine unangebrachte. Die Streiker waren die Vätermeister, welche den vom sozialistischen Bürgermeister vorgeschriebene Brotpreis nicht anerkennen und das Substitut ausshören wollten. Kurz entschlossen, wurden die Väter seitens der Behörden in Besitz genommen und der Betrieb unter Zulassung der unter der Garnison stehenden Väter für Rechnung der Gemeinde weitergeführt. Das half. Die Bevölkerung stand auf Seiten der Stadtverwaltung.

Der erste Panamaprozess hat mit der Verurtheilung der Angeklagten geendet. Das am 9. d. M. verkündete Urtheil lautete auf 5 Jahre Gefängnis und je 3000 Franks Geldbuße gegen Ferdinand und Charles von Lespey, auf 2 Jahre Gefängnis und je 3000 Franks Geldbuße gegen Fontane und Cottu, wegen betrügerischer Handlungen und Vertrauensmißbrauchs; gegen Eiffel auf 2 Jahre Gefängnis und 2000 Franks wegen Vertrauensmißbrauchs. Der ehemalige Finanzminister Rouvier ist zwar außer Anklage gesetzt, jedoch es raff der Staat will sein Opfer haben. Herr Baihaut wird wohl noch Gesellschaft bekommen.

**Aus England.** Im englischen Parlament fand vödrige Woche die Adressdebatte statt. Lord Harvie beantragte ein Amendement, welches Beschäftigung für die Arbeitslosen fordert. Harvie motivirte seinen Antrag u. A. damit, daß nach Ausweis des Handelsamts 10 pSt. der Mitglieder gewisser Gewerkschaften als Stellenlos unterstellt empfingen. Indem er die Anzahl der Industriearbeiter auf 13 Millionen schätzte, berechnete er, daß Kinder und Frauen eingeschlossen, 4 Millionen der Arbeiterklasse angehörige Personen stellenlos seien. Auf London kommen

nach derselben Quelle 50 000 Arbeitslose; dazu kommen 300 000 Personen mit unbeständigem Verdienst unter 13 sh die Woche; weitere 400 000 hätten nur einen Wochenlohn von 21 sh. In Liverpool gebe es 7000, in Glasgow 15 000, in Hull 6000, in Birmingham 5000, in Sunderland 4000, in Derby 2000 und in Stockton 1500 Beschäftigungslose. Gardie wies den Schutz als Rettungsmittel zurück, und empfing dafür den Beifall der Ministerien, während ihm die konservativere Opposition zustimmte, als er den Liberalen den ihnen bei der Wahl in Huddersfield gegebenen Zettel in Erinnerung brachte und für ihre in Aussicht gestellte Ablehnung seines Amendements den vollen Tauschwerth als Quittung versprach. Der Antrag wurde mit 276 gegen 109 Stimmen verworfen. Die Arbeiter werden sich das merken. Die Vorgänge der Wahl in Huddersfield, bei der die Arbeiter Wahlenthaltung übten und damit der Regierung eine Niederlage bereiteten, könnten sich wiederholen. Die Drohung Rair Hardies war keine leere. Ein Amendement, welches die Noth der Landwirthschaft anerkannte, wurde mit 272 gegen 232 Stimmen angenommen.

**Aus Amerika.** Um den bei der Chicagoer Weltausstellung erwarteten Fremdenverkehr zu bewältigen, sollen 3000 elektrische Droschken eingestellt werden. Die Lenker derselben hätten gleichzeitig die Rolle des Führers mit zu übernehmen. Der Preis der Benutzung soll 1 Dollar = M. 4 die Stunde betragen.

Im Jahre 1869 gründete der Staat Massachusetts zuerst ein Bureau für Arbeitsstatistik, heute giebt es deren in Amerika nicht weniger als 27, deren Zentralorgan das Arbeitsbureau der Vereinigten Staaten ist, welches 1885 geschaffen wurde und mit einem Kostenaufwand von jährlich rund 4 Millionen arbeitet. Die Spezialagenten der verschiedenen Bureaus für die verschiedenen Arbeitszweige durchreisen das Land und kehren mit zahlreichen Dokumenten über Erhebungen u. an ihre Sitze zurück. Es sind gegen 170 Rapporte in etwa 180 000 Bänden veröffentlicht worden, welche Jedermann, der sie benutzen will, zugänglich sind. „Alle irgendwo seitdem eingeführten Verbesserungen in der Lage der arbeitenden Klassen sind auf Rechnung dieser Bureaus zu setzen“ — so meldet die Londoner Zeitung „Times“. Inwiefern man sich doch fragen: müßten diese statistischen Bureaus, die sich in der Hand der Besitzenden befinden, der Arbeiterklasse wirklich so viel? Haben diese massenhaften Dokumente die fürchterlichen Lohnkämpfe verhindern können, welche während der letzten zehn Jahre geführt worden sind? Erst in den Händen der Arbeiter selbst können sie voll ihren Segen auf die Arbeiterklasse ergießen. Inwiefern wären die Arbeiter anderer Länder froh, wenn sie so etwas zur Eroberung für sich wenigstens vor Augen sähen.

**Literarisches.**

**Sozialpolitisches Centralblatt.** (Herausgegeben von Dr. Heinrich Braun, Verlag von J. Guttentag in Berlin.) Jeden Montag erscheint eine Nummer. Zu beziehen durch alle Buchhandlungen und Postämter. Preis vierteljährlich M. 2.50. Einzelnummern 20  $\phi$ . Erschienen ist Nr. 18, 2. Jahrg.

Von dem im Verlage von J. H. W. Diez in Stuttgart erscheinenden naturwissenschaftlichen Werke „Die Thierwelt“ von H. vom Mell ist soeben Lieferung 4a erschienen. Dasselbe enthält außer vielen Abbildungen eine prächtige Farne Tafel: „Urchleimwesen“. Das reich illustrierte Werk ist Jedem, der sich für die Naturwissenschaften interessiert, auf das Angelegentlichste zu empfehlen. Preis pro Lieferung 20  $\phi$ .

**Anzeigen.**

(Die den Inseraten in Klammern beigegebenen Ziffern bedeuten den Preis derselben.)  
Anzeigen, welche in die laufende Nummer aufgenommen werden sollen, müssen spätestens Dienstags Vormittags in unseren Händen sein.

**Deutscher Tischlerverband.**

- Unter dieser Rubrik kostet jede Zeile 10 Bfg.)
- Breslau.** Bevollm. J. Konietzky, Vestingstr. 6, Hds. 1. Et.; Kassirer Jos. Kubon, Mathiasstr. 50. Dasselbst Reiseunterstützung Abds. 6 $\frac{1}{2}$ , bis 8 Uhr. Arbeitsnachweise und Herberge Messergasse 31. 1. Et. (Schmiedebstraße 51).
- Bereinslokal** Heinrichstr. 5, Jaensch Brauerei.
- Hamburg.** Die Adresse des Bevollm. ist: B. Grosse, Lindenallee 20, Hs. 2, pt., des Kassirers P. Stubbe Warthastr. 50, 1. Et., des Lokalführers W. Pöge Gärtnerstr. 126, Hs. 2, 1. Et., sämtlich in Simsbüttel.
- Hamburg a. S.** Bevollm. W. H. Schmitt, Hohenstr. 34; Kassirer P. Müller, Wilhelmstr. 5. Dasselbst Reiseunterstützung Mittags von 12-1 und Abends von 6-8 Uhr.
- Ludwigshafen.** Bevollm. J. Binn, Schanzengasse 1, Sprechstunden von 7-9 Uhr; Kassirer W. Rohmann, Döggersheimerstr. 30. Dasselbst Reiseunterstützung Mittags von 12 $\frac{1}{2}$ -1, Abends von 6-8 Uhr. Ebenfalls Arbeitsnachweise.
- Raumburg a. S.** Unser Verkehrs- und Versammlungslokal befindet sich von jetzt ab im „Goldenen Ring“, Canalstraße.
- Rabenan.** Bevollm. Carl Claus, Nr. 46 C, 1. Et.; Kassirer Paul Berthold, Nr. 70. Dasselbst Reiseunterstützung Mittags von 12-1, Abends von 7-8 Uhr.

**Aufforderung.**

Der Tischler K. L. Rausch, geboren am 24. Juni 1862 zu Reustadt a. O., wird hierdurch zum letzten Male aufgefordert, sofort seine Adresse an Unterzeichneten gelangen zu lassen, da es sich um dringende Angelegenheiten handelt. Kollegen, welche dessen Aufenthalt kennen, werden gebeten, mich zu benachrichtigen.  
K. L. Rausch, Reustadt a. O.

**Quittung**

über die im Monat Januar 1893 bei uns eingegangenen Abonnementsgelder.

Für das Jahr 1892.

Cassel (R.) M. 1, Dresden (Verein) 895, Frankfurt a. M. 5,80, Hamburg (R.) 1, Hamburg (W.) 10, Kall (P. R.) 8,10, Leipzig (B. W.) 18,50, Münchenheim (R. St.) 3, Oberlungwitz (L.) 1, Dehnhäuser (S.) 4, Regensburg (Sch.) 10, Treptow (S.) 4, Witten (A. B.) —, 70, Wurzen (A. S.) 10,50, Verdau (W.) 1, Zeitz (A. P.) 3,25, Zschitz (R. R.) 24,80, Zuzern (Gewerkschaft) 8, Schaffhausen (Gewerkschaft) 17.

Für das I. Quartal 1893:

Auffig (Fachverein) M. 1, Cassel (R.) 1, Gaarden (F. F.) —, 70, Oberlungwitz (L.) 1, Pennemitz (M. W.) 1, Riesa (R. C.) 1, Straßburg (Sp.) 1, Zwidau (E. Sch.) 15, Zeitz (A. P.) 2,30.

Für das II. Quartal 1893.

Auffig (Fachverein) M. 1, Straßburg (Sp.) 1.

Für Inserate von Zahlstellen und Vereinen sind eingegangen aus:

Torgau M. 1,20, Hamburg 15,90, do. Herbergsanzeigen 6, Mulda —,50, Zschew 2,30, Zeitz —,40, Neu-Jensenburg —,60, Gotha 1,20, Anklam —,40, Meissen —,90, do. Herbergsanzeigen 3, Bingen 1,60, Hamburg (Korbmacherverband) 4,10, Sagen 4,40, Altona 20,60, Wittweida 8,55, Witten 2,60, Breslau, Herbergsanzeigen 4, Wolfenbüttel —,60, Preetz 1,80, Friedrichroda —,80, Soltau 1, Steele —,50, Altona, Herbergsanzeigen 8, Cassel 9,15, do. Herbergsanzeigen 2, Geringwalde —,60, Waprenuth 1,20, Berlin 12,60, Oldenburg 1,20, Augsburg 1,50, do. Herbergsanzeigen 2, Rathenow 2,70, Anklam —,50, Tondern —,50, Bergeborf (Guth) 3,60, Dresden (Verein) 14,60, do. Herbergsanzeigen 7, Dürheim —,70, Frankfurt a. M. 2,80, do. Herbergsanzeigen 6, Gaarden (Krankenkasse) —,80, Reustadt a. Orla 2,40, Gelsenkirchen —,60, Offenbach 2, Kirchheim —,70, Potsdam 2,50, Osterode a. S. 1, Cottbus 1,95, do. Herbergsanzeigen 8, Mannheim, Herbergsanzeigen 8, Zuffenhausen —,70, Coburg —,30, Düsseldorf 2,30, Oldenburg, Herbergsanzeigen 14.

Wir bitten um umgehende Einsendung der noch rückständigen Abonnements- und Insertionsbeträge, damit auch wir nach Schluß des vergangenen Jahres unseren Verpflichtungen nachkommen können. Diejenigen, welche bei uns anfragten, wie viel sie für Inserate noch schuldig seien, verweisen wir auf die genaue Zusammenstellung in Nr. 1 dieses Jahres. Zugleich ersuchen wir die Verwaltungsbeamten der Zahlstellen des Deutschen Tischlerverbandes hiermit ganz besonders, Geldsendungen für Inserate und Herbergsanzeigen nicht an den Vorstand nach Stuttgart, sondern nur an die Expedition der „Neuen Tischler-Zeitung“, Hamburg, Eimsbüttel, Bismarckstraße 10, zu senden, dagegen sind die Abonnementsbeträge von Nichtmitgliedern, soweit solche die Zeitung durch die Zahlstelle resp. durch deren Verbreiter erhalten, nur an den Vorstand nach Stuttgart zu senden. Die betreffende Zahl der Exemplare für Nichtmitglieder ist auf der Bestellkarte, welche an die Expedition gesandt werden muß, anzugeben, die gleiche Zahl muß aber auch in der Quartalsabrechnung aufgeführt werden, damit, wenn wir mit dem Vorstande abrechnen, keine Differenzen entstehen. Wir

setzen voraus, daß das Vorstehende beachtet wird, um dadurch mancherlei Wiederwärtigkeiten entzogen zu sein.

Mit kollegialischem Gruß  
Die Exped. der „Neuen Tischler-Zeitung.“

**Briefkasten der Redaktion.**

**C. S. in S.** Gewiß sind Sie verpflichtet, das von Ihnen zerbrochene Werkzeug auf Verlangen zu ersetzen. Der Arbeitsvertrag hat damit nichts zu schaffen.

Bei dieser Gelegenheit wollen wir bemerken, daß wir anonyme Anfragen in Zukunft unberücksichtigt lassen werden. Wer uns kein Vertrauen entgegen zu bringen gewillt ist, hat das Anrecht auf unseren Rath und Beihilfe verlohren.

**Briefkasten der Expedition.**

**Breslau, R. F.** Für dieses Jahr sind M. 2 bezahlt, fehlen also noch M. 6.

**Gelsenkirchen, F. W.** Wenden Sie sich wegen Abrechnung an Herrn W. H. Schuß in Düsseldorf.

**Wilbel (Zahlstelle).** Müßten gemäß einem gefaßten Beschlusse von der Veröffentlichung Abstand nehmen. Es ist ja anerkanntes und lobenswerth, wenn Sie Ihrem alten Kollegen zu seiner silbernen Hochzeit die herzlichsten Glückwünsche durch unsere Zeitung übermitteln wollen, aber was Einem recht ist, muß dem Andern billig sein.

**Raumburg, P. R.** Ihre Karte ist, obgleich, wie der Abgangskempel zeigt, schon am 31./1. abgegangen, jedoch erst, wie der Eingangskempel beweist, am 7./2. hier eingegangen. Die Anzeige kam mithin für Nr. 7 zu spät.

**Osabrück, S. B.** Der Betrag von 90  $\phi$  ist vorerst einzulösen.

**Düsseldorf, W. W.** Lassen Sie doch Ihrer Herbergsanzeigen ein Exemplar unserer Zeitung zustellen; wozu denn für Kreuzbandsendung das Geld wegwerfen?

**Legnitz, S. R.** Für die Inserate in Nr. 1 und 2 je 20  $\phi$  und in Nr. 6 Adressenbelanntgabe 70  $\phi$ ; für die in Nr. 17 und 18 enthaltenen sind am 18. April 60  $\phi$  bezahlt, quittirt in Nr. 20.

**Pirna, D. S.** Seitens des Vereins sind vom 1. Juli bis 15. August für 30 Exemplare noch M. 7,65 zu entrichten. Der Betrag von M. 3,10, welchen Sie diese Woche für Rechnung des 3. und 4. Quartals eingekandt haben, ist unsererseits bereits mit dem Vorstande verrechnet und werden wir deshalb den Betrag von M. 3,10 als Begleichung des zuerst genannten Betrages ansehen, somit sind wir für das vorige Jahr quitt, und für dies Jahr beachten Sie die Bekanntmachung in heutiger Nummer.

**Essen (Zahlstelle).** Für Ihren eingekandten Bericht mußten wir 20  $\phi$  Strafpunkte zahlen.

**Reustadt a. O., P. J.** Wieder Freund! Ihrem Wunsch können wir nicht nachkommen, indem wir die genannten Zeitungen nicht in Verlag haben. Wenden Sie sich aber an den Vorstand, demuthlich werden auf dessen Veranlassung schon mehrere Exemplare an die Mitglieder gesandt. Frage 1. Dittung in heutiger Nummer. Frage 2. Unter Umständen ja! Nach dem Patentrecht (d. h. wenn der Meister das Patent auf die Modelle erworben hatte) ist das Abzeichnen derselben strafbar. Im Uebrigen kommt es auf die Richter an, inwiefern dieselben strafbaren Eigennutz erblicken, und je nachdem wird auch das Delikt ausfallen.

**Frankfurt a. M., S.** Bitte stets, soweit mindestens Adressen in Betracht kommen, recht deutlich zu schreiben, um Verichtigungen zu vermeiden.

**Berichtigung.**

Der Bevollmächtigte der Zahlstelle Frankfurt a. M., Aug. Rilian, wohnt nicht Horen-gasse 26, wie in Nummer 7 der „N. T. Z.“ angegeben, sondern Horen-gasse 26.

**Besten Gruß und Dank**

sendet der Zahlstelle Neu Ruppin für das freundliche Glückwunschtelegramm zu unserem am 4. Februar gefeierten Stiftungsfeste die Zahlstelle des Deutschen Tischlerverbandes Wittenberge.

**Braunschweig.**

Sonntag, den 19. Februar, von Nachmittags 4 Uhr an, findet im großen Saale des „Wihelmsgartens“ zum Besten des Invalidenfonds der Central-Kranken- und Sterbekasse der Tischler ein großes **Vergnügen** statt, bestehend in Solalkonzert, Theater und humoristischen Vorträgen, unter gefälliger Mitwirkung des Gesangsvereins „Germania“, des Theatervereins „Freie Bühne“ und des Gesangs-komitees Herrn Schabe. Daraus: Tanz-Programme à 20  $\phi$  im Vorverkauf bei Herrn Müller, Weberstraße 10, an der Kasse 25  $\phi$ . Das Komitee.

**Neumünster.**

Den durchreisenden, nicht unterstützungsberechtigten Verbandsmitgliedern zur Kenntniß, daß wir ein Solalgeheim gewähren; selbiges wird verabsolgt in unserer Herberge bei Kellermann, Röhnerstraße 8. Wir bitten deshalb, nur dort zu verkehren.  
Die Lokalverwaltung.

**Stettin.**

Den auswärtigen Kollegen zur Kenntniß, daß unser Herbergswirth und sein Solal entzogen hat. Unser Verbandslokal befindet sich Hofengarten 6, 1 Treppe, bei Herrn Weißberg. Dasselbst ertheilt nähere Auskunft Die Lokalverwaltung.

Freund Carl Schneider, wo bist Du?  
Joseph Gliese und P. Weinbuch  
in Schlichtern.

**Erklärung.**

Die dem Kollegen Gddert in Sachen Petri zugefügte Beleidigung nehme ich hiermit zurück.  
C. Schütt.

Ein Tischler, welcher auch im Fensterwagen bewandert ist, findet Beschäftigung. Köhere Auskunft ertheilt S. Pohl, Tischler, Reustadt a. Orla.

Ein Drechslergehülfe auf dauernde Arbeit gesucht.  
Bilgaard's Möbelfabrik,  
Apenrade (Schlesw.-Holst.).

Ein Fraiser, welcher auch in allen Holzbearbeitungsmaschinen erfahren ist, sucht Stellung. Offerten unter H. L. 44 an die Exped. d. Bl. erbeten.

Junger, solider Mann wünscht sich mit einigen Tausend Mark an einem gut gehenden Geschäft zu betheiligen.  
Geht Effect u. Reichr. nebst Retourmarken erbitte F. T. S. 33 postlagernd Schwaan b. Chemnitz.

**Holzbearbeitungs- und Wasserwagen-Fabrik mit Dampftrieb.**  
Petersen, Blohm & Hahn,  
Altona.  
Hobekstraße Nr. 219.

**Waldemar Augustiny**  
Rathhausmarkt 20, Altona.  
Spezialität:  
**Tischler-Werkzeuge**  
Preislisten gratis.  
Garantie für solide Arbeit.  
Gegründet 1800.

**Hobelbänke**

in janderer, trockener Waare empfiehlt mit Schabkanten und geschmiedeten Panthaken.  
Blatt von | cm 155 170 190 200 230  
3" Holz | M. 31 33 35 37 39  
Schraubbocke u. Schraubzwingen,  
**Hermann Berge,**  
Liegnitz i. Schl.  
Verlaud gegen Kasse und Nachnahme.

**W. Bremer,**  
Altona, Königstraße 80,  
liefern  
Werkzeuge, Hobelbänke, sowie sämtliche Sorten Hohl-, Sägen u., gleich fertig zum Gebrauch mit bestem englischen Werkzeug. Versand nach allen Gegenden des In- und Auslandes.  
Nichtpassendes wird bereitwillig getauscht.  
Man verlange Preisangabe.

Billardtisch  
offert billigst  
W. Reebins, Burg b. Magdeburg.  
Müller auf Wunsch.

**Wein Zeichen-Bureau**  
für Bau- und Möbeltischlerei  
liefern:

- I. Entwürfe und Details in Blci (Handarbeit) nach eingekandten Massen und beliebiger Angabe.
  - II. 1 Vorkamerwerk, praktische Entwürfe für die Bautischlerei. 30 Tafeln in neuer 3. Auflage. M. 12.
  - III. 1 Vorkamerwerk, praktische und einfache Entwürfe für die Möbeltischlerei. 4. neue Auflage. 32 Tafeln. M. 10.
- Gewissenhafte und durchaus praktische Kalkulations-Ansätze, sowie eine Anleitung, wie Tischlerarbeit überhaupt kalkulirt werden muß, wird jedem Werke beigegeben.  
**Ernst Rettigbusch,**  
3. prof. Tischler, Zeichner und Verfertiger, technisches Bureau für Tischlerarbeiten, Rürnberg, Bismarckstraße Nr. 17.

Wir wünschen den Jahrgang 1886 d. „Neuen Zeit“ für unsere Redaktionsbibliothek zu kaufen. Preis wolle man uns mittheilen. Die Expedition der „Neuen Tischler-Zeitung.“

Nußbaum-, Mahagoni- und Eichendielen, trockne Waare, sowie sämtliche Furniere stets vorrätig.

Kolbe & Biehl, Hamburg, Cremon 24.

R. Gericke, Altona, Gählerstraße 28. Masse-Fabrik.

Paul Marcus & Frank, Holzbearbeitungs- u. Parquetfabrik. Ottensen, Donnerstr. 4. Spezialität: Sämtliche Hobel- u. Reblarbeiten für Bau- und Möbeltischler. Beschleifen von in- und ausländischen Hölzern. Bekleidungen und Futter etc. aus preussisch. und schwedisch. Holz. Fertige Thüren u. Fenster in solidester Ausführung zu billigen Preisen.



Für Bauunternehmer. W. Schnoor, Altona-Ottensen, Hoheneck Nr. 13, Dampfzäherei, Holzbearbeitungsfabrik und Bautischlerei.

Empfehlend den Herren Bauunternehmern etc. seine mit den größten und neuesten Bearbeitungsmaschinen ausgerüstete Fabrik zur schnellen und sauberen Herstellung aller vorkommenden Arbeiten. Mit der neu eingerichteten Bautischlerei ist eine Trockenkammer verbunden, welche Gewähr giebt für die Verarbeitung nur guter und trockener Hölzer bei der Fertigstellung aller Arten Thüren- und Fensterrahmen. Großes Lager von fertigen Fußböden, Thüren, Fenstern, Thür- und Fenster-Bekleidungen, Thürfutter etc. etc.

# Paul Horn, Hamburg.

## Fabrik chemischer Produkte.

Comptoir: Hamburg, Admiralitätsstrasse No. 23. Fabrik: Wandsbeck, Zollstrasse No. 39.

- Paul Horn's Mattpräparate** (als: Mattine, Salon-Matt, Mattlacke) sind absolut wasserecht, tragen sich leicht auf und sind sofort trocken.
- Paul Horn's Monopol-Polituren** (Schellack-Polituren ohne Oelanzwendung) haben sich in den grössten Fabriken dauernd Eingang verschafft.
- Paul Horn's wasserechte Beizen** in allen Holzfarben, rauhen das Holz nicht auf, prachtvolle Farbentöne, sofort trocken.
- Paul Horn's Politur-Glanz-Lacke**, farblos und färbend, sind als das Vorzüglichste weltbekannt, hochfeiner, zarter Glanz, Geschmeidigkeit beim Auftragen, polirfähig, dauerhaft, schnell trocknend.
- Paul Horn's Schellack-Porenfüller**, einzig brauchbares Fabrikat zum Füllen der Holzporen mit Schellackmasse.
- Paul Horn's Schellack-Politur-Extrakte** sind mit peinlichster Sorgfalt gereinigte dickflüssige Polituren, die jeder Fachmann verwenden sollte.
- Paul Horn's Copal-, Bernstein-, Damar- und Asphaltlacke** werden nur in gut abgelagerter und geprüfter Waare zum Versand gebracht.
- Paul Horn's Flintsteinpapiere** sind überall gelobt, da zähe und scharf.
- Paul Horn's diverse Sorten Leim** sind preiswerth und von ff. Qualität.
- Paul Horn liefert Ia. rektifiz. 96 proz. nicht stinkenden Spiritus**, unter zollamtlicher Kontrolle denaturirt.
- Paul Horn ist preisgekrönt** Hamburger Gewerbe- und Industrie-Anstellung 1889.
- Paul Horn erhielt das Freisdiplom** auf der Tischlerei-Anstellung Hamburg 1889.
- Paul Horn besitzt das Ehrendiplom** der Drechsleri-Fachanstaltung Leipzig 1890.
- Paul Horn sind viele Hunderte** lobende Anerkennungen aus allen Fachkreisen, div. Fachschulen und Gewerbe-Museen über die Vorzüglichkeit seiner Fabrikate zugegangen. **effektirte im Jahre 1891 4628 Aufträge.**
- Paul Horn versendet Preisbücher gratis und franko.**

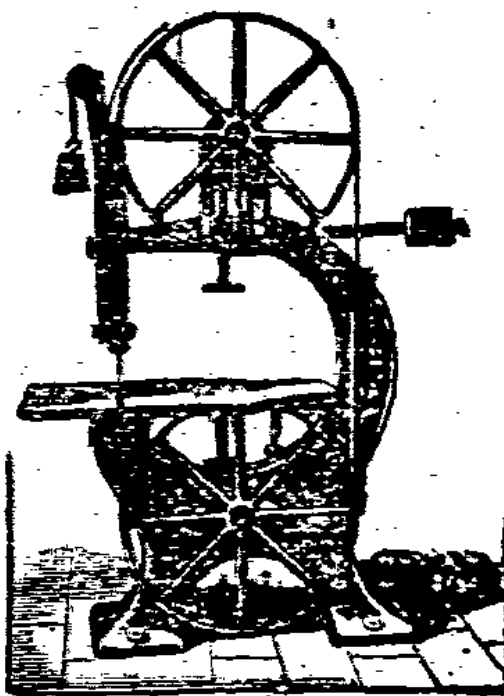
Sengstack & Lehmann, Hamburg, Herrengraben Nr. 8/9, Eisenwaaren-Handlung. Komplettes Lager von Werkzeugen für Tischler und Bildhauer. Hobelmaschinen, Hobel, Schneidmaschinen, Kisten, Kramen, amant. Hobel, Holzschliffe, Sägen, Feile u. Garbe Auswahl in feinsten Metallbeschlägen in Eisen, Messing, Kupfer, Zinn- und Aluminium-Drucke.

Berlag v. B. F. Voigt in Weimar.

## Die moderne Bautischlerei

für Tischler und Zimmerleute, enthaltend die Anweisung in Bezug auf die Säulenordnung und alle beim innern Ausbau vorkommenden Arbeiten des Bautischlers, als Thüren, Thore, Fenster, Treppen, Fußböden und Parkettmüller, ferner Säbeneinrichtungen und Parkett-Verkaufsbuden, Brunnenschüsseln, Holonnaben, für thätlichen Ausbau Altäre, Kanzeln und Kirchenstühle, sowie auch Gesimse, Bekleidungen, Verzierungen für Sägenarbeiten und Befestige. Reicht bildlicher Darstellung der besten bekannten Holzbearbeitungsmaschinen, sowie spezielle Beschreibung über Zeichnungsfähigkeit etc. Erste vermehrte und verb. Auflage. Herausgegeben von A. und M. Graef. Mit einem Atlas, enth. 40 Foliotafeln, und 150 Text-Holzschritten. 1892. Gr. 8. Geh. 10 M. 50 Pf. Vorrätig in allen Buchhandlungen und i. d. Exped. d. Btg.

Albert Kühn, Hamburg, Neust. Neustraße Nr. 26. Komplettes Lager aller Arten Möbelbeschläge u. Möbelschlösser. Möbelrollen. Fertige Holz-Aufsätze für Schränke, Bettstellen u. Verticos etc. Solid gearb. Hamburger Fabrikat. Band- und Kreis-Sägen.



(L. D. Handsäge.) Wer das Neueste und Praktischste auf dem Gebiete der Tischlerei-Maschinen kaufen will, wende sich an die Spezialfabrik von Böttcher & Gessner, Altona.

## Holz! Holz! Holz!

Für Tischler u. Drechsler: Ahorn, Roth- und Weißbuchen, Eichen, Nußbaum und Mahagoni, angezeichnetes Stuhlholz u. Tischfüße stets vorrätig in der Drechsleri und Holzhandlung von

F. Wagner, Hamburg, Hinter den Hütten 23.

## Berichtungs-Anzeiger.

- Dresden.** Verein der Holzarbeiter. Dienstag, den 21. Febr., Abds. 8 1/2 Uhr, Dessenlicher Vorstandesabend. Tagesordnung: 1. Vortrag des Herrn Dr. med. Klende über: „Die Küche ist die beste Apotheke.“ 2. Fragezetteldebatte. 3. Gewerkschaftliches.
- Silkeborg.** Sonntag, den 25. Februar, Abends 8 Uhr. Tagesordnung: 1. Statutenberatung. 2. Verschiedenes. Zahlreiches Erscheinen erwünscht.
- Elberfeld.** Sonntag, den 19. Februar, Vormittags 11 Uhr, im Lokale des Herrn Fuß, Wülkenstraße. Tagesordnung: 1. Wahl eines Delegierten zum Verbandstag. 2. Vortrag. 3. Fragezettel u. Verschiedenes.
- Hamburg.** Dienstag, den 21. Februar, bei Lütke, Solentinsplatz. Tagesordnung: 1. Wahl der Delegierten zum Verbandstag. 2. Anträge der Verwaltung. 3. Fortsetzung der Verhandlung des Statutenentwurfs zu einem Holzarbeiterverband.
- Ludowig.** Montag, den 20. Februar, Abends 8 1/2 Uhr. Die Vorstandswahl.

Neustadt a. Orla. Sonnabend, 25. Febr., Abends 8 1/2 Uhr, im Vereinslokal. Das Erscheinen aller Mitglieder ist nothwendig.

## Adressen von Gerbergen und Verbandslokalen für Tischler.

- Altenburg.** H u. A: „Gute Quelle“, Deichstraße. R. zählt Kass. Hausotte, Mauergasse 5 b III.
- Altona.** H, V u. A (auch für Korbmacher) bei Eblert, Norderstraße 37.
- Augsburg.** H und V: „Paritätswirth“, Georgstr. Dasselbst R. Abends nur von 6-7 Uhr.
- Aischerleben.** H, V u. A im „Ring von Preußen“, vor d. Wasserthor.
- Barmen.** H und V bei E. Bedmann, Brucherstr. 7 A: Mittags u. Abds.
- Berlin.** H und V befinden sich Ritterstraße 123, bei Stramm.
- Bremen.** H u. A b. Heint. Birus, Starckenstraße 8. Dasselbst R. Auch Korbmacherherberge.
- Bremerhaven.** H u. A b. Drechmeyer, „Zur ebendasselbst.“
- Breslau.** V Heinrichstr. 5; H Messergasse 32, (Schmiedebstraße 52); R bei Kubor, Mathiasstr. 50, 3. Etg.
- Cassel.** H und A im Gasthaus zur „Stadt Homberg“, Straben 60.
- Charlottenburg.** H, V und A bei Hrn. Reetz, Wallstr. 47.
- Coblenz.** H bei Wm. Grajen, Wöllersgasse 2 „Zur Carlshurg“. A und R Mittags v. 12-1, Abds. v. 8-9 Uhr.
- Gottbus.** H u. A b. V. Lehninger, Schloßkirchstr. 38. R v. 12-1 u. 7-8 U b. F. Woad, Gr. Mauerstr. 208a, am Klosterkirchplatz.
- Greifeld.** H u. V Klosterstr. 10 bei Wolf; R bei E. Wiedenbusch, Schulstr. 38.
- Darmstadt.** H u. A b. Blome, „StadtNannheim“, Schloßgasse 27. V bei Cramer, Arbeiterstr. 50.
- Deßau.** H in „Stadt Braunschweig“, Deßauerstr. 24. A das. id. Abds. v. 8-9 Uhr.
- Dresden.** A der Holzarbeiter Sell's Gasthaus, St. Bräutigamstr. 17. Dasselbst alle 14 Tage Dienstags Vereinsabend.
- Düßeldorf.** V u. A b. Frau Hölzer, Zentralherb. Flingerstr. 37/38, R b. U. Freudenmacher, Wandelfstr. 9, II.
- Elberfeld.** H, V u. A bei Hrn. Gerbracht, Bleichstr. 14 (Am Stadttheater).
- Flensburg.** H u. V b. E. Halls, Schleswiger Chaussee. R b. J. Kahl, Norderstr. 128, v. 12-1 u. 6 1/2-8 Uhr. Abds.
- Frankfurt a. M.** „Karl“, Alte Mainzer-gasse 32, V im „Reißhof“, Kruggasse 4.
- Fürth.** H u. V „Guth z. grünen Baum“, R bei E. Dornseiff, Hirschstr., von 12-1 und 5-8 Uhr.
- Gera.** H u. V: „Guth z. Preussischer Hof“, Hofplatz. A von 8-9 Uhr Abends.
- Halberstadt.** H u. A bei Schröder, „Prinz von Oranien“, Weßendorfer 54. R zählt Robert Jhle, Düsterngraben 15.
- Halle a. S.** H u. V b. Tischler, Martinsberg 5, daselbst A und R.
- Hamburg.** H, V und A b. Hamm, „Leßing-halle“, am Gänsmarkt.
- Hannover.** H u. V bei Uelichen, Bergstraße 9. Dasselbst A und R.
- Leipzig.** H u. A: „Borgländischer Hof“, früher „Rheinischer Hof“, Windmühlenstraße 44.
- Magdeburg.** H u. V: Neustädterstr. 42, bei Winkler, Kassirer R. Schleif, Schwannstr. 4. R von 6 1/2-7 1/2 Uhr Abds.
- Mannheim.** H und A: Zentralherberge, T. 6, I c.
- Meißen.** H u. A. Koenig 320, daselbst R. V Restauration Hartmann, Burgstr., daselbst alle 14 Tage Versammlung.
- München.** H u. V: Kreuzbräu, Brunstr. 7. A jeden Abend von 7-8 Uhr.
- Nürnberg.** H, V u. A im Gasthaus zum „König v. England“, Breiteg. 31.
- Oldenburg.** Besolm. O. Meier, Nellenstr. 17. V u. Ab. Vendermann, Kurwid-strasse 23.
- Pforzheim.** Zentral-Herberge und A: Gasthof „Zum Heidelberger Fuß“, West. C. Fr. Str. 11.
- Potsdam.** H und V „Roths Schänke“, Döhlen R. A. Wittig, Schulstraße 8 b von 7 1/2-8 1/2 Uhr Abends.
- Brenzlan.** H Gasth. z. gr. Baum, Bringen, Hofplatz 633. Kass. Ferd. Rowe, Hospitalstr. 510. I. Daj. R 12-12 1/2 u. 7 1/2-8 1/2.
- Schwerin.** H u. V bei E. Dorscholle, Ordwor 49, das. A u. Zahl d. R.
- Solingen.** H, V und A bei Peter Gierlich, Kölscherstraße.
- Wiesbaden.** V bei Eblert, Schwalbacherstr. 3. H, A u. R b. Apel, Gemeindegasthaus 6.

Druck: Hans. Buchdrucker u. Verlagsanstalt Auer & Co. in Hamburg.